



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Fachgebiet Politikwissenschaft

## **Bachelorarbeit**

# **Zur rationalen (Nicht-)Teilnahme: Kann die Rational-Choice-Theorie die individuelle Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 erklären?**

Betreuer: PD Dr. Kamil Marcinkiewicz

Zweitprüfer: Prof. Dr. Max Schaub

Vorgelegt von:

Tillmann Thore Iwersen

Studiengang: Politikwissenschaft

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	1
2. Stand der Forschung .....	3
2.1 Zur Aussagekraft der Rational-Choice-Theorie .....	3
2.2 Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament .....	8
3. Theoretische Grundlage: <i>Die</i> Rational-Choice-Theorie.....	9
3.1 Der Rationalitätsbegriff in der Wahlforschung .....	10
3.2 Zum rationalen Handeln.....	11
3.3 Die Wahlkosten.....	12
3.4 Instrumentelle Nutzenfaktoren .....	16
3.4.1 Die Wichtigkeit des Wahlausgangs.....	16
3.4.2 Die Einflusswahrscheinlichkeit der Wahlstimme .....	19
3.5 Expressive Nutzenfaktoren .....	20
4. Empirische Untersuchung .....	23
4.1 Datengrundlage .....	23
4.2 Statistisches Vorgehen und Operationalisierung.....	24
4.3 Bivariate Analyse .....	26
4.4 Multivariate Analyse.....	29
4.4.1 Vorgehen.....	29
4.4.2 Ergebnisbeschreibung.....	32
5. Diskussion.....	35
6. Fazit .....	41
Literaturverzeichnis .....	43
Anhang.....	50

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht Forschungsstand .....	5
Abbildung 2: Bivariate Analyse der Wahlteilnahme.....	26
Abbildung 3: Multivariate Analyse der Wahlteilnahme .....	33

## 1. Einleitung

*Lohnt sich das?* So könnte die Frage gelautet haben, die sich die mehr als 400 Millionen wahlberechtigten Bürger\*innen der Europäischen Union (EU) im Mai 2019 stellten, als sie dazu aufgerufen waren, ein neues Europaparlament zu wählen. Etwas mehr als die Hälfte fand auf diese Frage scheinbar eine befriedigende Antwort und nahm ihr Wahlrecht in Anspruch. Indes verzichtete etwas weniger als die andere Hälfte auf ihre Stimmabgabe. Und während aus einer normativen Perspektive gefragt werden könnte, woran es liegt, dass sich eine solch beträchtliche Anzahl an Menschen ihrer Stimme enthält (schließlich sind Wahlen für viele Bürger\*innen eine, wenn nicht sogar die beste Möglichkeit der politischen Teilhabe), so scheint die Theorie der rationalen Entscheidung, besser bekannt als Rational-Choice-Theorie (RCT), den Abstinenten\*innen durchaus Verständnis entgegenzubringen. In Hinblick auf die vielen Millionen von Wahlberechtigten und der dadurch minimalen Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Stimme die Wahl entscheidend zu beeinflussen, sieht die Rational-Choice-Theorie das Rätsel der Wahlbeteiligung nicht in der Frage, weshalb sich Personen *nicht* an Wahlen beteiligen; für sie scheint vielmehr von Interesse, warum so viele Menschen *überhaupt* ihre Stimme abgeben.

In den circa 65 Jahren, nachdem Anthony Downs in seinem *An Economic Theory of Political Action in a Democracy* (Downs 1957a) den Grundstein für die ökonomische Betrachtung von Wahlverhalten legte, wurde der Rational-Choice-Ansatz vielfältig theoretisch diskutiert, weiterentwickelt und empirisch geprüft. Trotz (oder vielleicht auch gerade wegen) der großen akademischen Aufmerksamkeit, die der Theorie zuteilwird, ist ein Konsens in der Literatur darüber, ob die Erklärung der Wahlbeteiligung als Schwäche der Rational-Choice-Theorie zu betrachten ist oder ob diese in der Lage ist, das individuelle Teilnahmeverhalten plausibel zu erklären, noch nicht gefunden worden.

Ohnehin scheinen Verhalten und Charakteristika von Nichtwähler\*innen die Forschung noch immer vor Rätsel zu stellen. So sehr, dass Jürgen Falter und Siegfried Schumann diese Personengruppe in einem Artikel von 1994 gar als *unbekannte Wesen* titulierten (vgl. Falter und Schumann 1994). Eine Bezeichnung, die, sofern es nach Martin Althoff geht, auch 25 Jahre später noch immer ihre Berechtigung hat (vgl. Althoff 2020).

Im Kontext der Wahlen zum Europäischen Parlament herrscht indes Einigkeit darüber, dass man es hier mit einer *Wahl zweiter Ordnung* zu tun hat, bei der schlichtweg nicht genug auf dem Spiel stünde, um einen Großteil der Wahlberechtigten an die Wahlurnen (oder Briefkästen) zu treiben. Obgleich der Aussagekraft dieser Theorie, gerät die individuelle Betrachtungsweise der Wahlteilnahme bei den Europawahlen hierdurch etwas in den Hintergrund.

Diese Arbeit macht es sich deshalb zur Aufgabe, das unbekannte Wesen auf europäischer Ebene besser kennenzulernen. Im Speziellen soll hierbei die Frage beantwortet werden, ob Bürger\*innen, wie oben impliziert, tatsächlich in Kategorien von Kosten und Nutzen ihre Wahlteilnahme abwägen. Aus diesem Grund wird sich der Rational-Choice-Theorie angenommen. Dadurch soll ein Beitrag zu der Frage geleistet werden, wie geeignet die Theorie der rationalen Entscheidung ist, um das individuelle Teilnahmeverhalten von Wahlberechtigten zu erklären. Die Forschungsfrage dieser Arbeit lautet deshalb: Kann die Rational-Choice-Theorie die individuelle Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 erklären?

Um dieser Frage nachzugehen, wird zu Beginn der Stand der Forschung dargelegt. Da der Fokus dieser Arbeit primär auf der Theorie des rationalen Handelns liegt, soll in diesem Abschnitt aufgezeigt werden, auf welchem Stand sich die Literatur bezüglich der Frage befindet, wie geeignet die Rational-Choice-Theorie ist, das Teilnahmeverhalten von Personen bei Wahlen zu erklären. Aufgrund der Betrachtung der Wahlen zum Europäischen Parlament wird ebenfalls kurz darauf eingegangen, wie es um den Stand der Forschung in Bezug auf die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen gestellt ist.

Hierauf folgt die Darstellung des theoretischen Hintergrundes. Dabei wird anfänglich in den Ursprung der Rational-Choice-Theorie in Bezug auf das individuelle Teilnahmeverhalten bei Wahlen eingeführt. Anschließend werden die darauf aufbauenden Nutzen- und Kostenfaktoren beleuchtet. Auf deren Grundlage werden Hypothesen darüber aufgestellt, wie sich Personen bezüglich der Frage ihrer Wahlteilnahme entscheiden, wenn sie gemäß den theoretischen Überlegungen der Rational-Choice-Theorie handeln würden.

Um die Hypothesen zu prüfen, wird im nachfolgenden Abschnitt die Nachwahlumfrage des Eurobarometers herangezogen, die kurz nach der Europawahl durchgeführt wurde. In diesem Abschnitt werden der Datensatz sowie das statistische Vor-

gehen vorgestellt. Es folgt die Operationalisierung der aufgestellten Konzepte bzw. Hypothesen sowie die Durchführung etwaiger Anpassungen, die vor den eigentlichen quantitativen Analyseverfahren vorgenommen werden. Die in dem Datensatz vorhandenen Angaben zu Einstellungen und Verhaltensweisen von Personen dienen anschließend dazu, die aufgestellten Hypothesen zuerst bivariat und anschließend multivariat zu prüfen.

Die gewonnenen Erkenntnisse werden als Ergebnisse der Arbeit vorgestellt, ehe sie anschließend diskutiert werden. Hierfür werden die Resultate der Untersuchungen dahingehend interpretiert, ob sie die Hypothesen stützen oder die erwarteten Zusammenhänge nicht beobachtet werden konnten. Bestätigen sich die Hypothesen, würde geschlussfolgert, dass die Rational-Choice-Theorie in der Lage ist, die individuelle Wahlteilnahme bei der Europawahl 2019 zu erklären und die Forschungsfrage könnte bejaht werden. Im Diskussionsteil erfolgt außerdem die Einordnung der Ergebnisse in Hinblick auf vorherige Publikationen sowie eine Evaluierung etwaiger Probleme, die während der Arbeit aufgetreten sein könnten. Ebenso werden Empfehlungen für weiterführende Untersuchungen abgegeben, die auf dieser Arbeit aufbauen könnten.

Abschließend werden die Ergebnisse resümiert, indem das Vorgehen, die Ergebnisse sowie die Diskussion kurz zusammengefasst werden.

## **2. Stand der Forschung**

### **2.1 Zur Aussagekraft der Rational-Choice-Theorie**

Perhaps no other theory of voter participation has received wider attention than that introduced by Downs [1957]. [...] There have followed numerous and highly varied theoretical extensions and empirical studies to enhance, test, and better understand the theory or variants thereof in a variety of real world and experimental frameworks. (Cebula 2005: 159)

Parallel zu den theoretischen Diskussionen, die innerhalb der Theorie des rationalen Handelns geführt wurden, haben eine große Zahl von Autor\*innen den Versuch unternommen, die Theorie des rationalen Handelns empirisch zu prüfen. Im Folgenden soll ein Überblick über diese Arbeiten gegeben werden.

Unter diesen Publikationen fehlt es (mit den Ausnahmen der Veröffentlichungen von Kühnel (2001) sowie Blais und Galais (2016)) größtenteils an Arbeiten, in denen spezifisch eine der Wahlen zum Europäischen Parlament zur Überprüfung der

Theorie herangezogen wird.<sup>1</sup> Da der Fokus dieser Arbeit aber darauf liegen soll, die Erklärungskraft der Rational-Choice-Theorie in Hinblick auf die Wahlbeteiligung zu prüfen, lohnt sich ebenfalls die Betrachtung solcher Arbeiten, die, auch wenn andere Wahlen untersucht werden, ebenfalls die Aussagekraft der RCT bezüglich der Wahlteilnahme betrachten.

Wie das obige Zitat von Richard Cebula verdeutlicht, haben seit Downs Arbeit aus dem Jahr 1957 eine Vielzahl von Wissenschaftler\*innen die RCT empirisch geprüft und sind dabei der Frage nachgegangen, ob die hieraus abgeleiteten Konzepte die Wahlteilnahme bei verschiedensten Wahlen erklären können. So viele gar, dass es nicht möglich ist, im Rahmen dieser Arbeit bei ihrer Vorstellung einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können.<sup>2</sup>

Die im Folgenden vorgestellten Arbeiten eint vor allem ihre Fragestellung, ob die RCT (bzw. aus ihr abgeleitete ausgewählte Aspekte) die Wahlbeteiligung bei bestimmten Wahlen erklären kann sowie das mit der Fragestellung verbundene statistische Vorgehen. Unterschiede innerhalb dieser Kategorie von Arbeiten finden sich vor allem bezüglich der Fragen, welche Konzepte der Rational-Choice-Theorie untersucht werden und welche Wahlen hierfür herangezogen wurden. Um einen möglichst übersichtlichen Einblick in den Forschungsstand zu ermöglichen, wurde dieser auch in Abbildung 1 kategorisch zusammengefasst.<sup>3</sup> Das Zitat Celubas macht außerdem deutlich, dass die auf Downs aufbauenden empirischen Arbeiten eine Vielzahl an theoretischen Erweiterungen hervorgebracht haben.<sup>4</sup> Deshalb (sowie aus dem praktischen Grund, dass bestimmte Konzepte mangels passender Fragestellungen in den untersuchten Datensätzen in manchen Publikationen nicht ge-

---

<sup>1</sup> Auch die Veröffentlichung von Karl-Dieter Opp (2001) könnte hier als Ausnahme hinzugezählt werden, wenngleich hier die Wahlbeteiligung bei mehreren Wahlen zu einem Partizipationsindex zusammengefasst werden (vgl. Opp 2001: 362).

<sup>2</sup> Zur Verdeutlichung sei hier die Arbeit von Struthers und Young (1989) erwähnt. Sie betrachten in ihrer Publikation den Zeitraum zwischen 1960 und 1987 und geben einen Überblick der zu diesem Thema bis dato veröffentlichte Publikationen. Hierbei nennen sie bereits 29 Arbeiten.

<sup>3</sup> Die Publikationen werden gemäß dem Jahr ihrer Veröffentlichung dargestellt. Die Abbildung schließt sich (abgesehen von der Arbeit von Riker und Ordeshook, die aufgrund ihrer Wichtigkeit auch hier aufgeführt wird) zeitlich an die Arbeit von Struthers und Young an und orientiert sich grob an ihrer Darstellung. Dadurch sollte man durch das Zusammenführen der hiesigen Abbildung mit der von Struthers und Young einen ausführlichen Überblick über empirische Arbeiten zur RCT erhalten.

<sup>4</sup> Zu nennen sind hier beispielsweise das „Minimax Regret Model“ (vgl. Ferejohn und Fiorina 1974), die „Cognitive-Illusion Proposition“ (vgl. Opp 2001) und die Theorie der „Subjective Expected Utility“ (vgl. Becker 2002).

prüft werden können), hat die empirische Literatur zur RCT Arbeiten hervorgebracht, die unterschiedliche Konzepte der RCT untersuchen.

Abbildung 1: Übersicht Forschungsstand

Publikation	Untersuchte Konzepte	Untersuchte Wahlen	Hypothesen bestätigt?
Riker und Ordeshook (1968)	Knappheit und Wichtigkeit des Wahlausgangs, Bürgerpflicht	USA: Präsidentschaftswahlen (1952-1960)	Ja
Knack (1992)	Bürgerpflicht	USA: General Elections (1972 – 1988)	Ja
Kirchgässner und Meyer zu Himmern (1997)	Knappheit des Wahlausgangs	Deutschland: Bundestagswahlen (1983-1994)	Ergebnis nicht eindeutig
Blais et al. (2000)	Knappheit und Wichtigkeit des Wahlausgangs, Wahlkosten, Bürgerpflicht	Kanada: Québec-Referendum (1995), Provinzwahlen British Colombia (1996)	Ja*
Kühnel (2001)	Wahlkosten, Wichtigkeit des Wahlausgangs, Bürgerpflicht und weitere expressive Nutzen	Deutschland Bundestagswahlen (1994 und 1998), Europawahl (1994), verschiedene Landtagswahlen	Ja
Opp (2001)	Wichtigkeit des Wahlausgangs, Einfluss durch Wahlteilnahme, Bürgerpflicht	Deutschland: Bundestagswahl (1998), Europawahl (1994), verschiedene Landtagswahlen	Ja
Copeland und Laband (2002)	Knappheit des Wahlausgangs, expressiver Nutzen (Selbstaussdruck)	USA: General Elections (1986 – 1996)	Ja
Becker (2005)	Expressiver Nutzen (politische Wirksamkeit)	Deutschland: Bundestagswahl (1998)	Ja
Cebula (2005)	Expressiver Nutzen (Selbstaussdruck)	USA: General Elections (1960-1997)	Ja
Cebula (2008)	Wahlkosten	USA: General Elections (2004)	Ja
Johann (2009)	Wichtigkeit des Wahlausgangs, Wahlkosten, expressiver Nutzen (politische Wirksamkeit)	Deutschland: Bundestagswahl (2005)	Ja
Simonovits (2012)	Knappheit des Wahlausgangs	Ungarn: Parlamentswahlen (2002 und 2006)	Ja
Bowler und Donovan (2013)	Bürgerpflicht	Vereinigtes Königreich: Wahlrechtsreferendum (2011)	Ja
Blais und Galais (2016)	Bürgerpflicht	Europäische Union: Wahlen zum Europäischen Parlament (2014)	Ja*
Wang (2016)	Bürgerpflicht	Taiwan: Präsidentschaftswahl (2012) USA: Präsidentschaftswahl (2012) Großbritannien: Unterhauswahlen (2010)	Ja
Blais und Achen (2019)	Bürgerpflicht	USA: Präsidentschaftswahl (2008)	Ja*
Santana und Aguilar (2021)	Wahlkosten	Spanien, Kanada, Frankreich, Deutschland und die Schweiz: verschiedenste Nationalwahlen	Ja

\*Für Blais ist die Bürgerpflicht kein Bestandteil des Rational-Choice-Modells.

Wie in Abbildung 1 deutlich wird, fokussieren sich manche Veröffentlichungen auf einen bestimmten Faktor der Theorie (vgl. Knack 1992; Kirchgässner und Meyer zu

Himmern 1997, Santana und Aguilar 2021), während andere Publikationen gleich mehrere Konzepte in den Blick nehmen (vgl. Kühnel 2001; Johann 2009). Die wohl prominenteste Arbeit der letzteren Kategorie ist jene von William Riker und Peter Ordeshook (1968). Ihre Publikation ist zwar vor allem von theoretischer Relevanz, aber auch sie prüfen die Rational-Choice-Theorie empirisch. Besonders erwähnenswert ist des Weiteren die Publikation von André Blais und seinen Kolleg\*innen. Sie untersuchen mit ihrem Blick auf Kosten, Einflusswahrscheinlichkeit, Wichtigkeit des Wahlergebnisses und der Wahlnorm ebenfalls gleich mehrere Konzepte der Theorie des rationalen Handelns. Interessant ist ihre Veröffentlichung aber vor allem deshalb, weil die Autor\*innen auf ein lang vernachlässigtes Problem aufmerksam machen, mit dem sich (fast) alle Publikationen konfrontiert sehen, welche die RCT empirisch prüfen. So stellen sie fest, empirische Studien zur Rational-Choice-Theorie "suffer from the fact that they rely on data-sets that were not designed to test a rational choice model" (Blais et al. 2000).

Bezüglich der Wahl, die zur Überprüfung der RCT herangezogen wird, sind ebenfalls Unterschiede zu erkennen. Zwar stehen hier oftmals die General Elections in den USA im Fokus (vgl. bspw. Copeland und Laband 2002), aber auch Wahlen in anderen Ländern wie Deutschland (vgl. Becker 2005), Kanada (vgl. Blais et al. 2000), Ungarn (vgl. Simonovits 2012) und Großbritannien (vgl. Bowler und Donovan 2013) finden Berücksichtigung. Ebenso sind Publikationen zu erwähnen, die gleich mehrere Nationalwahlen untersuchen (vgl. Santana und Aguilar 2021).

Bevor auf die Ergebnisse vorheriger Arbeiten eingegangen wird, gilt es zuvor kurz deren Vorgehen zu beleuchten. Hierbei ähneln sich die meisten Veröffentlichungen und es sind nur vereinzelt fundamentale Unterschiede bezüglich der Datengrundlage und der Analyseverfahren festzustellen. Ein Großteil der Publikationen führt die empirischen Untersuchungen auf der Individualebene durch.<sup>5</sup> Die Autor\*innen bedienen sich dabei Bevölkerungsumfragen und operationalisieren anhand derer

---

<sup>5</sup> Als Ausreißer ist an dieser Stelle die Arbeit von Kirchgässner und Meyer zu Himmern (1997) zu nennen. Die Autor\*innen untersuchen den Einfluss der erwartete Knappheit des Wahlausgangs auf die Wahlbeteiligung bei den vier Bundestagswahlen von 1983 bis 1994, indem sie die einzelnen Wahlkreise in den Blick nehmen. Sie bestimmen hierfür die „expected closeness“ (ebd.) des Wahlausgangs in den einzelnen Wahlkreisen und ermitteln anschließend, ob in Wahlkreisen, in denen Wahlberechtigte mit einem knapperen Ergebnis zu rechnen hatten, eine höhere Wahlbeteiligung vorlag als in solchen, in denen mit einem deutlichen Ausgang zu rechnen war.

die untersuchten Konzepte der Rational-Choice-Theorie.<sup>6</sup> Abhängig von dem herangezogenen Datensatz variiert die Anzahl der untersuchten Fälle von 839 (vgl. Blais und Achen 2019) bis zu 22074 (vgl. Santana und Aguilar 2021).

An dieser Stelle sei erneut auf die Arbeit von André Blais und Kolleg\*innen aus dem Jahr 2000 aufmerksam gemacht, da sie von allen vorgestellten Veröffentlichungen eine Ausnahme bildet. Motiviert von ihrer oben erwähnten Kritik, führen sie ihre Studie als einzige Arbeit anhand von Umfragen durch, die speziell zur Testung der Rational-Choice-Theorie entwickelt wurden (vgl. Blais et al. 2000: 184).

Die operationalisierten Konzepte werden in den vorgestellten Arbeiten schließlich als unabhängige Variablen verwendet, um ihren Einfluss auf die abhängige Variable der Wahlteilnahme zu untersuchen. Auch in Hinblick auf die ermittelten statistischen Werte gehen die vorgestellten Arbeiten ähnlich vor. So nutzt der Großteil der Publikationen das Mittel der binären logistischen Regression, um die vermuteten Zusammenhänge multivariat zu prüfen.<sup>7</sup>

Somit stellt sich abschließend die Frage, zu welchen Ergebnissen die Arbeiten gelangen. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass die hier vorgestellten Veröffentlichungen zum Großteil zu dem Ergebnis kommen, dass die RCT in der Lage ist, die Wahlteilnahme zu erklären. Diese Erkenntnisse sind unabhängig von der untersuchten Wahl und deren Zeitpunkt und auch von der Frage, welche Konzepte untersucht werden. So bestätigten sich sowohl Annahmen bezüglich der Wahlkosten (vgl. Santana und Aguilar 2021: 134) als auch bei der Betrachtung der erwarteten Knappheit des Wahlausgangs (vgl. Simonovits 2012: 370), der vermuteten Bedeutung der eigenen Stimme (vgl. Becker 2005: 82), expressiver Nutzenfaktoren (vgl. Copeland und Laband 2002: 351) und des Aspekts der sogenannten Wahlnorm (Blais und Galais 2016: 68). Und auch Publikationen, die mehrere Konzepte der Rational-Choice-Theorie untersuchen, sehen sie als erklärungsstark an (vgl. Johann 2009: 442).

---

<sup>6</sup> Bei den Publikationen zur Bundestagswahl handelt es sich bei den Datensätzen beispielsweise meist um die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (vgl. Kühnel 2001; Becker 2002) oder Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) (vgl. Johann 2009). Grundlage für die Untersuchungen bezüglich der Wahlen in den USA bilden Daten verschiedenster Umfragen, wie die der National Election Study (vgl. bspw. Knack 1992), dem Survey Research Center der Universität Michigan (vgl. Riker und Ordeshook 1968) oder auch dem Meinungsforschungsunternehmen YouGov (vgl. Blais und Achen 2019).

<sup>7</sup> Als nennenswerte Ergänzungen seien die Arbeiten von Steffen Kühnel (2001) und David Johann (2009) erwähnt, die ihre Hypothesen zuvor bivariat prüfen (vgl. Kühnel 2001: 19ff.; Johann 2009: 436ff.).

Einschränkungen in der Erklärungskraft der Rational-Choice-Theorie sehen Kirchgässner und Meyer zu Himmern, deren Ergebnisse bezüglich des Effekts der erwarteten Knappheit des Wahlausgangs auf die Wahlbeteiligung uneindeutig ausfielen. Ihr erwarteter Effekt konnte in Gesamtdeutschland nur 1987 festgestellt werden. Bei den Wahlen 1990 und 1994 lieferten die Daten nur in Westdeutschland signifikant positive Ergebnisse. 1987 blieb der Effekt ganz aus (vgl. Kirchgässner und Meyer zu Himmern 1997: 3).

Zusammenfassend finden sich in der bisherigen Rational-Choice-Literatur also viele Arbeiten, welche die Theorie empirisch prüfen. Da diese allerdings größtenteils Nationalwahlen und nur selten Europawahlen in den Blick nimmt, ist die Betrachtung der Wahlen zum Europäischen Parlament durchaus interessant.

## 2.2 Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament

Aufgrund der betrachteten Wahl lohnt es sich außerdem, einen kurzen Blick darauf zu werfen, wie es um den Forschungsstand in Bezug auf Europawahlen gestellt ist. Der theoretische Fokus zur Untersuchung der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen liegt in der Forschung größtenteils auf deren Betrachtung als sogenannte Wahlen zweiter Ordnung (vgl. Reif und Schmitt 1980). In der Literatur herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich diese Klassifizierung auch in jüngeren Wahlen zum Europäischen Parlament bestätigt (vgl. Träger 2015). So prüfen Henrik Träger und Lisa Anders das Modell auch bei der Europawahl 2019 und kommen zu dem Ergebnis, diese sei als Nebenwahl einzustufen (vgl. Träger und Anders 2020). Publikationen wie die von Träger und Anders beziehen sich aufgrund ihrer Fokussierung auf das Modell der Wahlen zweiter Ordnung häufig auf Makro-Daten.<sup>8</sup> So vergleichen sie beispielsweise die Wahlbeteiligung von National- und EU-Wahlen (vgl. ebd.: 36).<sup>9</sup>

Nichtsdestotrotz hat sich ein Teil der Literatur auch auf die Individualebene begeben und auf dieser nach Gründen für die (Nicht-)Teilnahme bei Europawahlen gesucht. So erforscht Daniel Stockemer den Einfluss der Zufriedenheit der Bürger\*innen mit der EU und deren Wahlteilnahme bei den Europawahlen von 1979-2009. Dafür be-

---

<sup>8</sup> Als Ausnahme ist hier die Arbeit von Flickinger und Studlar (2007) zu nennen, welche (als eine der wenigen Publikationen) Thesen aus dem Modell der Wahlen zweiter Ordnung auf Basis von Individualdaten betrachtet.

<sup>9</sup> Insofern ist schon deshalb die Betrachtung von Determinanten der Wahlteilnahme bei den Europawahlen auf individueller Ebene interessant, als dass der Fokus in bestehender Literatur diesbezüglich oftmals auf der makro-Ebene liegt.

stimmt er den Zusammenhang zwischen der Meinung von Befragten zu der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union und der Wahlbeteiligung (vgl. Stockemer 2011: 36). Er kommt zu seinem erwarteten Ergebnis und hält fest, „turnout in EP elections is low because a large percentage of citizens do not completely approve of, or even outright reject, their country’s membership in the EU” (ebd. 43).

Indes untersucht Nicholas Clark in seiner Arbeit anhand des Eurobarometers und der European Election Study die Frage, welchen Einfluss das Vertrauen seitens der Bürger\*innen in das EU-Parlament auf deren Wahlbeteiligung 2009 hat (vgl. Clark 2014). Er resümiert, dass Zweifel am Europäischen Parlament tatsächlich einen Beitrag für das Verständnis der Beteiligungsraten an EU-Wahlen leisten können (vgl. ebd. 350).

Derweil untersuchen Franziska Marquart und ihre Kolleg\*innen sowie Daniela Braun und Constantin Schäfer die Teilnahme zu den Europawahlen 2019. Sie legen ihren Fokus dabei auf die Rolle verschiedener Arten des medialen Konsums (vgl. Marquart et al. 2020) bzw. unterschiedlicher Policy Issues (vgl. Braun und Schäfer 2022). Hierbei bestätigen Erstere die wichtige Rolle von Informationsfaktoren für die Teilnahme (vgl. Marquart et al. 2020: 681), während Letztere einen Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Wichtigkeit von politischen Problemen sowie deren Stärke und der Wahlbeteiligung beobachten (vgl. Braun und Schäfer 2022: 120).

### **3. Theoretische Grundlage: *Die Rational-Choice-Theorie***

Das bereits bei der Vorstellung des Forschungsstandes erwähnte Zitat von Richard Celuba ist auch bei der Vorstellung der theoretischen Grundlage von Relevanz. Es verdeutlicht, dass es nicht möglich ist, ohne Weiteres von *der* Rational-Choice-Theorie zu sprechen; erfuhren die Modelle von Downs sowie Riker und Ordeshook doch eine Reihe von theoretischen Erweiterungen. Dies führt dazu, dass, wie im vorigen Abschnitt gesehen, viele Arbeiten für sich beanspruchen können, rationale Theorien bzw. *die* rationale Theorie zu prüfen und dabei unterschiedlichste Aspekte untersuchen sowie ein unterschiedliches Verständnis von rationalem Handeln zugrunde legen. Erste Aufgabe wird es an dieser Stelle also sein, klarzustellen, was in dieser Arbeit unter *der* Rational-Choice-Theorie und dem Rationalitätsbegriff verstanden wird und was rationales Handeln ausmacht bzw. welche Handlungen als rational gelten.

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Arbeit alle theoretischen Erweiterungen von Downs' Arbeit zu erläutern und zu prüfen. Um eine Übersichtlichkeit des Vorgehens zu gewährleisten und auf einer nachvollziehbaren theoretischen Grundlage aufbauen zu können, bezieht sich diese Arbeit deshalb zum Großteil auf die fundamentalen Arbeiten von Downs sowie Riker und Ordeshook. Zu Beginn soll dabei definiert werden, was diese meinen, wenn sie vom Begriff der Rationalität Gebrauch machen. Anhand dieser Definition wird anschließend erläutert, welche Faktoren diese Autoren in der Theorie des rationalen Handelns verwenden, um das Verhalten von Wähler\*innen bzw. Nichtwähler\*innen zu erklären. Auf Grundlage dieser Faktoren können Vermutungen darüber formuliert werden, wie sich Personen mit bestimmten Einstellungen und Verhaltensweisen bezüglich ihrer Teilnahme (bzw. Nichtteilnahme) bei der Europawahl 2019 verhalten, sollten sie rational handeln. Diese Erwartungen werden als Hypothesen formuliert, um sie anschließend überprüfen zu können. Der Begriff *der* Rational-Choice-Theorie und die in dieser Arbeit ausgearbeiteten Hypothesen beziehen sich also auf die Publikationen von Downs sowie Riker und Ordeshook und somit auch ihr Verständnis von rationalem Handeln.

### 3.1 Der Rationalitätsbegriff in der Wahlforschung

Die Grundlage dafür, dass der Rationalitätsbegriff in der Wahlforschung von Relevanz ist, schaffte spätestens der US-amerikanische Ökonom und Politikwissenschaftler Anthony Downs. In seinem wohl wichtigsten Werk *An Economic Theory of Political Action in a Democracy* von 1957 schlägt er vor, die Politik analog zum Markt zu betrachten. Er überführt das demokratische System hierbei in ein ökonomisches Modell, auf dessen Basis er politische Begriffe wie *Demokratie* und *Regierung* wirtschaftlich definiert und Aussagen sowie (unter anderem) Vermutungen über das Verhalten von Wähler\*innen aufstellt (Downs 1957a). Dabei besteht der demokratische Prozess für Downs im Grunde genommen aus den zwei Komponenten der demokratischen Parteien (die im Wettkampf um die Stimmen der Wählenden stehen) und der Wähler\*innen (welche rational entscheiden, ob und wen sie wählen) (vgl. auch Braun 1999: 61).

Auf Grundlage dieser ökonomischen Sichtweise auf die Politik definiert er, was rationales Handeln von Akteur\*innen ausmacht: „Every agent in this model [...] proceeds toward its goals with a minimal use of scarce resources and undertakes

only those actions for which marginal return exceeds marginal cost" (Downs 1957b). Der Rationalitätsbegriff versteht sich in der Rational-Choice-Theorie somit als zweckrational: Die handelnden Akteur\*innen verfolgen Ziele und zu deren Erreichung müsste die agierende Person angemessene Mittel einsetzen, um als rational handelnd gelten zu können, bei denen die Kosten den Nutzen nicht überschreiten (vgl. auch Braun 1999: 61). Die RCT nimmt also an, dass Akteur\*innen (in diesem Fall die Wahlberechtigten) nach der Betrachtung von Kosten und Nutzen die Handlungsalternative vorziehen (Wahl bzw. Nichtwahl), deren Vorteile relativ zu allen anderen Handlungsalternativen (Nichtwahl bzw. Wahl) größer bzw. deren Nachteile geringer erscheinen (vgl. auch Kühnel 2001: 12). Die rationale, wahlberechtigte Person würde sich also so verhalten, als führe sie eine Nutzenkalkulation durch, an deren Ende die Entscheidung zur Wahlteilnahme oder -enthaltung steht.

### 3.2 Zum rationalen Handeln

Wie oben gesehen ist der Rationalitätsbegriff in der Rational-Choice-Theorie zweck- und zielgebunden. Sei für die Wahlberechtigten die Stimmabgabe kein geeignetes Mittel, um ihre Ziele zu erreichen, würde es sich nicht lohnen, die Kosten für die Stimmabgabe auf sich zu nehmen und der Wahlgang bliebe aus. Mit dieser zweck- und zielgebundenen Definition der Rationalität stellt sich nun also zuerst die Frage, welche Ziele Wähler\*innen mit ihrer Wahlteilnahme verfolgen.

Bei der Beantwortung dieser Frage unterscheiden sich die Standpunkte von Downs und Riker und Ordeshook, was dazu führt, dass sie in ihren Publikationen unterschiedliche Nutzenfaktoren geltend machen.

So vertritt Downs die Ansicht, Wähler\*innen würden ausschließlich das zukünftige Regierungshandeln als Nutzen ansehen, der durch den Sieg der bevorzugten Partei möglich gemacht wird. Ziel der Wahlteilnahme sei es somit, den Sieg dieser bevorzugten Partei durch die Stimmabgabe herbeizuführen.<sup>10</sup> Wählen wird damit zur Zukunftsinvestition; zur Möglichkeit, die eigenen politischen Präferenzen in die Tat umgesetzt zu sehen (vgl. auch Kühnel 2001: 12): „Because the citizens of our model democracy are rational, each of them views elections strictly as means of selecting the government most beneficial to him“ (Downs 1957b: 138).

---

<sup>10</sup> Downs fügt seinem Modell später einen weiteren, vom direkten Wahlausgang unabhängigen, Nutzenfaktor hinzu. Dieser liegt für ihn in dem Bestehen der Demokratie, welche durch die Stimmabgabe gestärkt würde (vgl. Downs 1957a: 270). Seine theoretischen Überlegungen beziehen sich aber zu einem überwiegenden Großteil auf die oben genannte Definition.

Riker und Ordeshook kritisieren diese Definition als: „narrow[...] interpretation in which rational behavior is only that behavior directed toward the goals that the theorist postulates as appropriate for a particular realm of action" (Riker und Ordeshook 1968: 27). Laut ihnen stünde es Wissenschaftler\*innen aber nicht zu, den Bürger\*innen vorzuschreiben, welche Ziele diese mit der Stimmabgabe zu verfolgen hätten: „It seems to us [...] that in a descriptive theory it is unwise for the theorist to impose his own interpretation of goals on the observed behavior (ebd.). Riker und Ordeshook verwerfen deshalb die Vorstellung des rein instrumentell motivierten Nutzenmaximierers und somit die sparsame Definition von Downs und ersetzen sie durch ein breiteres Verständnis: „Because it is not possible to judge the rationality of goals [...] we will adopt here the broader interpretation of rationality [...]“ (ebd.). Damit ist es ihnen möglich, ihr *Calculus of Voting* um nicht-ökonomische Nutzenargumente zu erweitern, die unabhängig von dem tatsächlichen Wahlausgang sind (vgl. Riker und Ordeshook 1968: 28).

Die Beeinflussung des Wahlausgangs ist somit nicht mehr der alleinige Nutzen, den ein\*e Wähler\*in durch die Teilnahme zu erreichen versucht. Auch weitere Nutzenaspekte durch den Wahlakt an sich werden bei Riker und Ordeshook für den Wähler in seiner Kosten-Nutzen-Abwägung relevant. Robert Goldfarb und Lee Sigelman bezeichnen diese beiden Teilnahmemotivationen als *instrumentelles* und *expressives* Wählen. Instrumentelles Wählen beschreibe dabei das Ziel, mit der Stimmabgabe den Wahlausgang zu beeinflussen, während expressives Wählen die Genugtuung wiedergebe, die mit dem Wahlakt *per se* verbunden sei (vgl. Goldfarb und Sigelman 2010: 278).

Mit den Arbeiten von Downs sowie Riker und Ordeshook lassen sich also verschiedene theoretische Konzepte identifizieren, auf die im Anschluss genauer eingegangen werden soll. Folgend der Definition von Goldfarb und Sigelman werden bezüglich Nutzenfaktoren solche der *instrumentellen* und der *expressiven* Art unterschieden. Bei der Vorstellung der instrumentellen Nutzenfaktoren sowie den Wahlkosten wird zum Großteil Downs' Arbeit die Grundlage liefern, während sich bei den expressiven Faktoren überwiegend auf Riker und Ordeshook bezogen wird.

### 3.3 Die Wahlkosten

Nachdem im obigen Abschnitt bereits kurz auf den möglichen Nutzen der Stimmabgabe eingegangen wurde, stellt sich auf Grundlage der Definition Downs ebenfalls

die Frage, welche Kosten bei einer Wahlteilnahme anfallen können. Diesbezüglich kann zwischen sogenannten Opportunitäts- und Entscheidungskosten unterschieden werden (vgl. Kühnel 2001: 13). Bei Opportunitätskosten handelt es sich um den Aufwand, der für die Teilnahme an sich aufgebracht werden muss, wie der Gang zur Wahlurne oder das Beantragen von Briefwahlunterlagen. Die Entscheidungskosten entstünden dadurch, dass Bürger\*innen sich informieren müssten, um eine Wahlentscheidung treffen zu können (vgl. Downs 1957a: 265). Besser informierte Personen hätten gemäß der Rational-Choice-Theorie den Vorteil, mit größerer Sicherheit einschätzen zu können, welchen Nutzen sie durch den von ihnen bevorzugten Wahlausgang zu erwarten hätten (vgl. ebd. 264). Die knappe Ressource, die für das Wählen aufgebracht werden muss, ist dementsprechend die Zeit und „[s]ince time is a scarce resource, voting is inherently costly“ (ebd.).

Zwar spricht Downs auch von Geld als möglichen Ressourcenaufwand; der weitaus wichtigere Kostenaspekt, der in der RCT diskutiert wird, ist, vor allem in Hinblick auf heutige Wahlen, jedoch der Zeitaufwand, der vor allem durch die Informationsbeschaffung- und -verarbeitung anfällt (vgl. ebd. 265f.).<sup>11</sup> Da sich Bürger\*innen diese Zeit im Jargon der RCT *erkaufen* müssten, schließlich steht ihnen diese jetzt nicht mehr für andere Aktivitäten zu Verfügung (vgl. Braun 1999: 67), die Wahlentscheidung und -teilnahme somit zum Kostenfaktor wird, könnten rationale Wähler\*innen sich dafür entscheiden, nicht den Gang zu Wahlurne anzutreten, da die Kosten den Nutzen überschreiten könnten: „[w]hen there are costs of voting, they may outweigh the returns thereof; hence rational abstention becomes possible [...]“ (Downs 1957a: 265). Downs selbst unterbreitet auf Basis der Kosten einen Hypothesenvorschlag, indem er schreibt, die Rational-Choice-Theorie gehe davon aus „[w]hen voting costs are reduced substantially, participation in elections increases greatly“ (ebd.: 299). Freilich kann diese Präposition an verschiedenen Stellen des Wahlaktes ansetzen (zum Beispiel indem an Tagen gewählt wird, an denen viele Menschen keiner Arbeit nachgehen oder indem Registrierungen zur Wahl wegfallen), dennoch müsste sie sich, vor allem da Downs in der Informationsbeschaffung- und -verarbeitung einen großen Kostenfaktor sieht, auch

---

<sup>11</sup> Beispielsweise hatten zur Zeit von Downs' Arbeit einige US-Bürger\*innen für die Wahlteilnahme noch eine Gebühr zu zahlen – die *poll tax*. Ein Aspekt, der dementsprechend in späteren Arbeiten keine Rolle spielt. Außerdem argumentiert Downs, dass eine während der Arbeitszeit stattfindende Wahl mit Opportunitätskosten verbunden sein könnte, da die Zeit, die für den Wahlakt aufgebracht werden muss, nicht zum Geldverdienst zur Verfügung steht (vgl. ebd. 266).

in der Art des Informierens wiederfinden.

Schließlich ist für Downs nicht jede Art der Informationsbeschaffung gleich (zeit)aufwändig. Somit ist nicht jede Möglichkeit der Bürger\*innen sich zu informieren, in der RCT mit gleich vielen Kosten verbunden. Downs unterscheidet hierbei zwischen *übertragbaren* und *nicht-übertragbaren* Kosten (vgl. ebd.: 210). Unter übertragbaren Kosten versteht er diejenigen Kosten, die mit der Beschaffung, Analyse und Evaluation von Daten zusammenhängen, welche für die Wahlentscheidung von Bedeutung sind (vgl. ebd.). Der mit diesem Prozedere verbundene Aufwand könnte auf Dritte übertragen werden. Nicht-übertragbare Kosten hingegen müssten von jeder Person selber aufgebracht werden. Sie bestünden aus dem Fällen der Wahlentscheidung durch die Evaluation des möglichen Nutzens des Sieges der bevorzugten Partei (vgl. ebd. 209f.). Bürger\*innen, die nur wenige Informationsschritte selbst absolvieren, hätten dementsprechend mit weniger Kosten zu rechnen: „Clearly, the fewer steps the voter performs himself, the fewer costs he bears directly“ (ebd.: 210).

Gemäß Downs bietet die Gesellschaft Bürger\*innen sogenannte „free information“ (ebd.: 221). Diese freien Informationen charakterisierten sich dadurch, dass Personen für ihre Verwendung nur nicht-übertragbare Kosten aufbringen müssten: Downs nennt anschließend eine ganze Reihe an möglichen freien Informationsquellen in einer Gesellschaft (vgl. ebd.). Als die vermutlich wichtigste Quelle hebt er hierbei den Kontakt mit anderen Bürger\*innen, zum Beispiel in Form von politischen Konversationen, hervor, die als „accidental data“ besonders kostenarm sein (vgl. ebd.: 222f.).

Personen, die sich oft durch Gespräche mit anderen mit der europäischen Politik auseinandersetzen, dürften demnach mit weniger Informationskosten zu rechnen haben, da sie durch den Zugang zu besonders *billigen* Informationen weniger Zeit für die Informationsbeschaffung und somit die Wahlentscheidung aufbringen müssten als solche, die keinen solchen Zugang zu Informationen haben und eine *kostspieligere* Informationsweise wählen müssten. Und da Bürger\*innen, die für die Wahlteilnahme mit weniger Kosten rechnen müssten, laut der RCT *ceteris paribus* eher zur Stimmabgabe neigen sollten, lautet die erste Hypothese:

H1: Je häufiger sich Personen mit anderen über die europäische Politik austauschen, desto eher nehmen sie an der Wahl zum Europäischen Parlament teil.

Als weiteren Kostenfaktor zieht Downs die finanzielle Situation von Bürger\*innen hinzu. Wie oben bereits erwähnt, unterbreitet er in seiner Arbeit verschiedene Vorschläge für Hypothesen, die sich aus seiner Arbeit ableiten lassen. Hierzu gehört unter anderem die Folgende: „The percentage of low-income citizens who abstain in elections is higher than the percentage of high-income citizens who abstain, *ceteris paribus*“ (ebd. 299). Downs begründet diese These einerseits damit, dass Bürger\*innen mit geringerem Einkommen größere Schwierigkeiten bezüglich des Aufbringens der Opportunitätskosten hätten (vgl. ebd.). Wie oben gesehen scheinen diese im Kontext der Europawahl von vergleichsweise geringer Relevanz zu sein:<sup>12</sup> *Poll taxes* fallen bei der Wahl nicht an und der Wahltag fiel in den meisten Ländern auf einen Sonntag, wodurch das Risiko für Einkommensverlust verringert werden sollte.<sup>13</sup>

Andererseits begründet Downs seine Hypothese damit, dass geringere Einkommensklassen größere Probleme dabei hätten, Informationskosten zu tragen (vgl. ebd.). So könnten sich laut Downs Bürger\*innen mit geringerem Einkommen vis-à-vis Personen mit höherem Einkommen weniger Informationen *leisten*, was bei Ersteren *ceteris paribus* zu einer geringeren Wahlteilnahme führe. Downs selbst zeichnet nicht explizit nach, weshalb Personen mit geringerem Einkommen weniger Zugang zu Informationen erhalten oder wie dieser Mechanismus genau wirkt. Jedoch wird seine Hypothese von verschiedenen Arbeiten theoretisch gestützt, die sich als Kostenargumente in seine Argumentation einfügen. So argumentiert Marx (2019), dass Personen, die sich in einer angespannten finanziellen Situation befinden, geringere Ressourcen zur Verfügung hätten, sich mit Informationen politischer Art auseinanderzusetzen und diese zu verarbeiten. Das liege vor allem daran, dass Bürger\*innen, die sich beispielsweise Sorgen um das Bezahlen von Rechnungen machen, von diesem Problem sowohl kognitiv als auch emotional stark in Anspruch

---

<sup>12</sup> Wenngleich argumentiert wird, dass ein geringeres Einkommen beispielsweise einen Einfluss auf die Transportkosten zur Wahlstätte nehmen könnte (vgl. Santana und Aguilar: 126f.).

<sup>13</sup> In Großbritannien und den Niederlanden wurde am Donnerstag gewählt, in Irland am Freitag und in der Republik Malta, Lettland und der Slowakei am Samstag. Die Bürger\*innen Tschechiens konnten am Freitag und Samstag wählen. Für alle anderen Länder war der Sonntag der Wahltag (vgl. Europäisches Parlament (2019b)).

genommen werden und sie dazu gezwungen sind, sich auf ihre unmittelbare wirtschaftliche Situation zu konzentrieren (vgl. ebd. 121). Der Umgang mit diesen emotionalen Belastungen sowie das Finden von Lösungsmöglichkeiten binde „Energie, Aufmerksamkeit und Zeit, die nicht zum Sammeln und Verarbeiten politischer Informationen zur Verfügung stehen“ (ebd.: 122). Nach Downs bedeutet das also, dass Personen mit wirtschaftlichen Problemen weniger von der knappen Ressource Zeit zur Verfügung haben, die für das Aufbringen der Informationskosten notwendig ist und deren Wahlteilnahme somit mit einem größeren Kostenaufwand verbunden wäre. Die zweite Hypothese lautet folglich:

H2: Je angespannter die persönliche wirtschaftliche Situation von Befragten, desto unwahrscheinlicher ist die Wahlteilnahme.<sup>14</sup>

### 3.4 Instrumentelle Nutzenfaktoren

#### *3.4.1 Die Wichtigkeit des Wahlausgangs*

Aus seiner Grundannahme, für Bürger\*innen seien Wahlen ein Mittel, ihre Präferenzen in der Politik verwirklicht zu sehen, folgert Downs, Wähler\*innen würden sich für die Partei entscheiden, von welcher sie sich in der kommenden Legislaturperiode den größten Vorteil versprechen (vgl. Downs 1957a: 38f.). In einem Zweiparteiensystem verglichen die Bürger\*innen so den erwarteten Vorteil, den sie sich von den zur Wahl stehenden Parteien erhofften (vgl. ebd.: 39). Den Unterschied zwischen diesen beiden Optionen nennt Downs *Parteiendifferenzial*. Schlägt das Parteiendifferenzial in die Richtung der einen Partei aus, würde die Person ihre Stimme für diese Partei abgeben; schlägt es in Richtung der anderen Partei aus, wählt sie jene (vgl. ebd.). Ist das Parteidifferenzial gleich null, macht es für die wählende Person also keinen Unterschied, ob die eine oder die andere Partei gewinnt, sollte sie sich *ceteris paribus* eher der Stimme enthalten, da die Stimmabgabe für eine solche

---

<sup>14</sup> Freilich haben noch andere Faktoren Einfluss darauf, wie kostspielig die Wahlteilnahme für Bürger\*innen ist. Downs nennt hier beispielsweise die Bildung als primäre Quelle der für die Informationsverarbeitung wichtigen „contextual knowledge“ (Downs 1957a: 234f.). Verschiedene Autor\*innen nehmen das zum Anlass, davon auszugehen, dass mit dem Stand der formalen Bildung laut der RCT auch die Wahlbeteiligung steigen müsste (vgl. Johann 2009: 431; Kühnel 2001: 22). Hiervon wird in dieser Arbeit abgesehen, da Downs spezifiziert: „[...] it need not to be formal education, since training on the job can be just as effective as training in school. [...] We cannot state a priori what kinds of occupations have the greatest carry-over into making political decisions [...]“ (Downs 1957a: 235). Um dennoch einen möglichen formalen Bildungseinfluss überprüfen zu können, wird dieser Aspekt zwar nicht als Hypothese formuliert, aber im späteren Modell als Kontrollvariable aufgenommen.

Person auf Basis des oben dargestellten Verständnisses des Wahlnutzens keinen Ertrag erbringen würde (vgl. ebd.).<sup>15</sup>

In später folgenden Arbeiten versteht sich dieser Nutzenfaktor weniger spezifisch auf das Parteiendifferenzial und wird oftmals als Ansicht der Bürger\*innen dahingehend verstanden, wie wichtig ihnen der Wahlausgang ist (vgl. Riker und Ordeshook 1968: 36; Blais 2000: 195).

In Hinblick auf die Europawahl als herangezogene Wahl stellt sich aber noch ein weiteres Problem, das mit dem Untersuchungsschwerpunkt der Rational-Choice-Literatur und ihren Annahmen in Verbindung steht. So legen Downs und die meisten folgenden Arbeiten der Rational-Choice-Theorie ihren Fokus auf Nationalwahlen und gehen hierbei von einer „tremendous importance of government decisions in every phase of economic life“ aus (Downs 1957b: 135). Die Grundannahmen implizieren, dass die Wichtigkeit der Wahl *per se* nicht hinterfragt wird. In Downs' Modell scheint die einzige Möglichkeit, den Wahlausgang als unwichtig anzusehen, nur dann gegeben, wenn die zur Auswahl stehenden Parteien sich so wenig unterscheiden, dass es der Person egal sein kann, welche der zur Wahl stehenden Parteien gewinnt. Da sich diese Arbeit aber nicht mit Nationalwahlen beschäftigt, wie die große Mehrheit von Rational-Choice-Publikationen, sondern mit Wahlen zum Europäischen Parlament, ist es sinnvoll, schon vorher anzusetzen und die Frage zu stellen, ob die Bürger\*innen die Europäische Union als Institution ansehen, die Einfluss auf ihr Land und ihr persönliches Leben nimmt, sodass es überhaupt einen Unterschied macht, wer im EU-Parlament Mehrheiten bilden kann.

An dieser Stelle kann der Blick auf die Annahme der sogenannten Wahlen zweiter Ordnung (*Second-Order Elections*) theoretisch unterstützend wirken. Sie lässt sich, wie im Folgenden dargestellt werden soll, mit der Rational-Choice-Theorie verbinden.

Die Grundlage für das Modell lieferten Karlheinz Reif und Hermann Schmitt (1980) mit ihrer Arbeit, die im Anschluss an die erste Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 veröffentlicht wurde. Die Autoren schlagen vor, die Wahlen zum Europäischen Parlament als Nebenwahlen zu den Wahlen auf nationaler Ebene zu betrachten (vgl. Reif und Schmitt 1980: 3). So schreiben sie, für viele Bürger\*innen

---

<sup>15</sup> Diese Betrachtungsweise führt mit Blick auf Mehrparteiensystem zu offensichtlichen Problemen, die von Downs und weiteren Autor\*innen diskutiert werden (vgl. ebd. 47f.; Braun 1999: 65ff.).

stehe bei den Europawahlen nicht so viel auf dem Spiel wie bei nationalen Wahlen: „Perhaps the most important aspect of second-order elections is that there is less at stake“ (ebd.: 9). Manche Autor\*innen begründen dies mit einem institutionsbasierten Ansatz, indem sie die als schwach wahrgenommene Rolle des Europäischen Parlaments, wenn es um das Fällen politischer Entscheidungen geht, hervorheben (vgl. Clark 2014: 341).<sup>16</sup> Andere sehen hier die Vermutung bestätigt, die (gesamte) Europäische Union und deren Institutionen seien vielen Bürger\*innen nicht wichtig (genug) (vgl. Träger 2015: 36).

Die Annahme, Europawahlen seien Second-Order Elections, ist mit vielen Implikationen verbunden, die von Reif und Schmitt dargestellt werden (vgl. Reif und Schmitt: 9ff.). Für diese Arbeit besonders interessant ist aber die Schlussfolgerung, dass die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen geringer ausfällt als bei Nationalwahlen. Dies begründen die Autoren mit der „Less-at-Stake“ Dimension, die gemäß der RCT als Nutzenfaktor gedeutet werden kann: „Since less is at stake in secondary elections, fewer voters may consider them sufficiently important to cast ballots“ (ebd.: 9). Da die EU und das Europäische Parlament von weniger Wahlberechtigten als einflussreich angesehen würden, *lohne* sich für diese Bürger\*innen die Stimmabgabe also nicht. Schon Kirchgässner (1990) hat die Wichtigkeit der Wahl als Nutzenfaktor angesehen (wenngleich er sich nicht auf die Literatur der Second-Order Election bezieht):

Geht man [...] davon aus, daß der Nutzen, den ein Wähler vom Wahlausgang hat, von der Wichtigkeit der Wahl abhängt, und hält man Bundestagswahlen für wichtiger als Landtagswahlen und diese wiederum für wichtiger als Europawahlen, so ist das erwartete Ergebnis klar: Die Wahlbeteiligung sollte bei Bundestagswahlen höher sein als bei Landtagswahlen und bei diesen höher sein als bei Europawahlen. (Kirchgässner 1990: 453)

Dass sich diese Annahme auf Makroebene bestätigt, dass also Beteiligungsraten bei Nationalwahlen höher ausfallen als bei Europawahlen, wurde bereits bei der Darlegung des Forschungsstandes gezeigt. Interessant für diese Arbeit ist aber die Formulierung einer Annahme auf der Ebene des Individuums.

---

<sup>16</sup> Sicherlich wäre hier die genauere Betrachtung der Machtverhältnisse der europäischen Institutionen und deren Wahrnehmung der Bürger\*innen bezüglich der Wahlteilnahme interessant. Schließlich bilden die gewählten Vertreter\*innen des Europaparlaments keine Regierung im Sinne der nationalen Parlamente, die den größten politischen Gestaltungsspielraum besitzen. Da hierzu in dem in dieser Arbeit verwendeten Datensatz notwendige Fragestellungen fehlen, werden zu dieser Thematik keine Hypothesen formuliert. Die Übertragung der Theorie auf die Europawahl sollte (auf Basis von Downs Verständnis des Ertrags der Stimmabgabe) dennoch möglich sein: „It is the gain in utility a voter believes he will receive if he supports the party which would really provide him with the highest utility income“ (Downs 1957b: 146).

So könnten instrumentell-egoistisch motivierte Wähler\*innen die Ansicht vertreten, das Wahlergebnis sei umso wichtiger, je näher sie dessen Auswirkungen zu spüren bekommen. Schließlich ist für sie der Wahlakt eine Zukunftsinvestition, weshalb für sie das Ergebnis der Wahl von größerer Bedeutung sein sollte, wenn sie davon ausgehen, dass die Institution, die zur Wahl aufruft, einen Einfluss auf ihr Leben hat. Dies könnte wiederum eher der Fall sein, wenn Bürger\*innen der Ansicht sind, die Interessen ihres Landes fänden in der EU Berücksichtigung. Für sie sollte somit der empfundene Wahlnutzen höher sein als bei Personen, die der Meinung sind, die Interessen ihres Landes würden in der EU nicht berücksichtigt werden, da es für Letztere *ceteris paribus* von geringerem Interesse sein sollte, wer im EU-Parlament Mehrheiten bilden kann. Die dritte Hypothese lautet daher:

H3: Je stärker die Ansicht, das eigene Land finde in der EU Berücksichtigung, desto eher nehmen Befragte an der Wahl teil.<sup>17</sup>

#### 3.4.2 Die Einflusswahrscheinlichkeit der Wahlstimme

In der Nutzenkalkulation ebenfalls von Bedeutung ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Wählenden ihre Ziele (in diesem Fall also die Beeinflussung des Wahlergebnisses) durch die Wahlteilnahme erreichen können. Gehen Personen also davon aus, ihre Stimmabgabe sei hierfür ein geeignetes Mittel, besteht ein großer Anreiz, an der Wahl teilzunehmen. Vermuteten sie keinen Einfluss der eigenen Stimme auf das Wahlergebnis, ist auch der Anreiz der Wahlteilnahme gering. In der Arbeit von Downs versteht sich dieser Einflussfaktor als Wahrscheinlichkeit, die eigene Stimme könne wahlentscheidend sein (vgl. Downs 1957b: 146). Für Downs wäre es demnach nur rational, den mit der Stimmabgabe verbundenen Aufwand auf sich zu nehmen, wenn die Bürger\*innen davon ausgehen, sie könnten mit ihrer Stimme den Wahlausgang entscheiden (vgl. ebd.). Hier wird deutlich, dass Downs mit seinem Verständnis der Kosten- und Nutzenfaktoren auf ein entscheidendes Problem stößt. Vor allem bei Wahlen mit vielen Wahlberechtigten und Teilnehmenden ist die Wahrscheinlichkeit, die eigene Stimme könne entscheidend sein, extrem gering. Somit würde es sich laut Downs nicht lohnen, politisch informiert zu sein und den Wahl-

---

<sup>17</sup> Freilich wäre die Formulierung einer Hypothese, welche auf den wahrgenommenen Einfluss des EU-Parlaments innerhalb der EU eingeht oder einer solchen, die aussagt, dass die Beteiligung steigen sollte, je wichtiger Bürger\*innen der Wahlausgang der Europawahl ist, besonders interessant gewesen. Da sich hierzu in dem in dieser Arbeit verwendeten Datensatz jedoch keine Fragestellungen befinden, wäre es nicht möglich, diese Hypothesen zu prüfen.

gang auf sich zu nehmen - die Wahlteilnahme wird irrational. Dass dennoch so viele Menschen an der Wahl teilnehmen, steht im Widerspruch zu diesen Annahmen und wird zum theoretischen Problem: dem sogenannten Wahlparadoxon (vgl. Riker und Ordeshook 1968: 24).

### 3.5 Expressive Nutzenfaktoren

Wie dieses Wahlparadoxon innerhalb der Rational-Choice-Theorie gelöst werden kann, wurde Grundlage für viele weitere Überlegungen und Debatten. Die wohl meistdiskutierte Lösung ist die Einführung der bereits oben angesprochenen zusätzlichen expressiven Nutzenkomponente:<sup>18</sup>

In ihrem 1968 veröffentlichten Artikel *A Theory of the Calculus of Voting* machen es sich William Riker und Peter Ordeshook zur Aufgabe, die von Downs aufgestellte Nutzenkalkulation so zu interpretieren, dass die Wahlteilnahme wieder als rationale Handlung innerhalb der Rational-Choice-Theorie verstanden werden kann (vgl. ebd.: 25). Hierfür fügen sie der Kalkulation von Downs mit dem „sense of citizen duty“ eine neue Nutzenkomponente hinzu (ebd. 36). Gemäß Riker und Ordeshook stellt die Stimmabgabe *per se* für manche Personen eine *Bürgerpflicht* dar (vgl. auch Althoff 2020: 160f.). Die Wahlbeteiligung wird somit zum Mittel, diese Bürgerpflicht zu erfüllen.<sup>19</sup> Demnach führe die Stimmabgabe bei Bürger\*innen, welche dieses Pflichtgefühl empfinden, zu einer inneren Satisfaktion, während die Enthaltung Schuldgefühle hervorrufen würde. Bei der Beschreibung des ersten Punktes, der mit der Wahlteilnahme einhergehenden „positive satisfactions“ benennen die Autoren diese Vor- und Nachteile, indem sie festhalten, ein Grund der Stimmabgabe sei: “the *satisfaction* from compliance with the ethic of voting, which if the citizen is at all socialized into the Democratic tradition is positive when he votes and negative (from *guilt*) when he does not” (Riker und Ordeshook 1968: 28, Hervorh. d. Verf.).

Zusätzlich betont dieses Zitat, dass laut Riker und Ordeshook für in der Demokratie sozialisierten Personen eine intrinsische ethische *Pflicht* der Wahlteilnahme bestehe, die durch den Wahlakt befriedigt werden könne.<sup>20</sup> Die Wahlteilnahme wird

---

<sup>18</sup> Für die Vorstellung weiterer Lösungsansätze des Wahlparadoxons siehe Braun (1999: 71ff.) und Dowding (2005: 443ff.).

<sup>19</sup> Die Lösung des Wahlparadoxons durch das Hinzufügen eines vom Wahlausgang unabhängigen Nutzenfaktors blieb nicht ohne Einwände. Für einen kurzen Einblick in diese Debatte siehe Anhang 1.

<sup>20</sup> Dieser Aspekt der Wahlpflicht (bzw. die Wahlpflicht als Konzept *per se*) wird oftmals dadurch geprüft, dass Befragte angeben sollen, wie sehr sie der Aussage zustimmen, in einer Demokratie sei es die Pflicht von Bürger\*innen sich an Wahlen zu beteiligen. Die im Folgenden vorgestellten

hier somit zum Mittel, Gewissensbissen zu entgehen, die durch das Fernbleiben entstehen würden.

Motivation und Ziel der Teilnahme können demnach nicht nur instrumenteller, sondern auch expressiver Natur sein, wie das Empfinden einer intrinsischen Befriedigung und dem Entgehen von Schuldgefühlen.<sup>21</sup> Da diese Pflicht auch unabhängig vom Ausgang der Wahl erfüllbar ist, beeinträchtigt auch die geringe tatsächliche Entscheidungswahrscheinlichkeit der eigenen Stimme diesen Faktor nicht.

In ihrer Arbeit nennen Riker und Ordeshook eine ganze Reihe von „positive satisfactions“ (ebd.), die mit der Wahlteilnahme einhergehen könnten. Hervorzuheben ist hier erstens die folgende Aussage. So schreiben die Autoren, Wähler\*innen erhielten einen Nutzen durch die Stimmabgabe in Form der „satisfaction from affirming allegiance to the political system“ (ebd.). Rationale Wähler\*innen würden demnach also (auch) deshalb ihre Stimme abgeben, um damit ihre Loyalität und Verbundenheit zum politischen System auszudrücken. Diese empfundene Verbundenheit sei für viele Wähler\*innen sogar der Hauptgrund für die Stimmabgabe (vgl. ebd.).

Auf Grundlage dieser Annahme sollten Bürger\*innen, die sich stark mit der Europäischen Union verbunden fühlen, *ceteris paribus*, eher zur Stimmabgabe neigen als solche, die keine Loyalität zur EU empfinden. Schließlich müssten Personen ohne Loyalitäts- und Verbundenheitsempfindungen gemäß Riker und Ordeshook auf dieser Ebene keine Gratifikation durch die Wahlteilnahme erhalten können bzw. die Stimmenthaltung nicht zu Schuldgefühlen führen. Die Stimmabgabe sollte für diese Bürger\*innen somit mit keinem Ziel verbunden sein, was die Wahlbeteiligung in Bezug auf diesen Gesichtspunkt irrational machen würde. Hypothese 4 lautet deshalb:

H4: Je größer die Verbundenheit zur Europäischen Union, desto wahrscheinlicher ist die Wahlbeteiligung.

---

weitere Gesichtspunkte der von Riker und Ordeshook eingeführten Nutzenkomponente machen aber deutlich, dass es durchaus sinnvoll ist, das Konzept der Bürgerpflicht auch anhand anderer Hypothesen zu prüfen.

<sup>21</sup> Dieser intrinsische Aspekt der Wahlnorm ist in vielen weiteren Arbeiten (auch auf Ebene der Europäischen Union) untersucht und weiterbearbeitet worden (vgl. Goerres 2010; Bowler und Donovan 2013; Althoff 2020). Erwähnenswert ist des Weiteren die Ergänzung der intrinsischen Wahlpflicht um eine extrinsische Komponente. Hierbei ist die Befriedigung der inneren Wahlnorm nicht mehr das einzige Ziel, das mit der Stimmabgabe erreicht werden soll. Vielmehr wollten Bürger\*innen durch ihre Wahlteilnahme negative Sanktionen ihrer Mitbürger\*innen vermeiden, wodurch der soziale äußere Druck zu einer wichtigen Motivation für die Wahlbeteiligung wird (siehe auch Gerber et al. 2008; Gerber und Rogers 2009; Althoff 2020).

Als weiteren Aspekt nennen Riker und Ordeshook die Befriedigung, die eine Person dadurch erhalten würde, ihre politische Wirksamkeit im politischen System auszudrücken: “[T]he satisfaction of affirming one's efficacy in the political system: The theory of democracy asserts that individuals and voting are meaningful and for most people the only chance to fulfill this role is in the voting booth” (ebd.).

Dieser Argumentation zur Folge sollten Bürger\*innen, die ein stärkeres Gefühl der Wirksamkeit besitzen, die also davon ausgehen, dass sie im System der Europäischen Union von Bedeutung sind, eine größere Gratifikation durch die Stimmabgabe empfinden. Die Wahlteilnahme würde dadurch für Personen mit einem schwachen Wirksamkeitsempfinden *ceteris paribus* mit einem geringeren Nutzen verbunden und somit irrational; während solche mit einer starken Überzeugung ihrer politischen Wirksamkeit die Wahl als Mittel ansehen sollten, diese zu bestätigen.<sup>22</sup>

Hypothese 5a lautet deshalb:

H5a: Mit steigender empfundener Wirksamkeit innerhalb der Europäischen Union steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme.

Die Stimmabgabe wird bei Riker und Ordeshook des Weiteren zum Mittel, der demokratischen Tradition Folge zu leisten. Dieser normativ-demokratische Aspekt findet sich auch in dem bereits oben erwähnten Zitat bezüglich der „satisfaction from compliance with the ethic of voting“ (Riker und Ordeshook 1968: 28).

Diese Ethik des Wählens sollte zusammen mit der Annahme der politischen Wirksamkeit dazu führen, dass Personen, die mit der Demokratie innerhalb der EU unzufrieden sind, weniger Anreiz empfinden, an der Wahl teilzunehmen, da sie davon ausgehen müssten, politisch nicht wirksam zu sein. Umgekehrt müssten Menschen, die die EU als sehr demokratisch empfinden, eher zu Wahl gehen. Kühnel beschreibt diesen Zusammenhang zwischen Wirksamkeit und Demokratiezufriedenheit, indem er erkennt, die Wahlteilnahme „depends also on the belief in the effectiveness and efficiency of *democracy as a form of government responsive to*

---

<sup>22</sup> Wie die Wahlnorm, so ist auch das Konzept der politischen Wirksamkeit ein häufig untersuchter Aspekt weiterer Literatur zur Wahlteilnahme. Autor\*innen unterscheiden auch hier zwischen einer externalen und internalen Dimension (vgl. Johann 2009: 430). Die externe Dimension beschreibt (ähnlich den Überlegungen von Riker und Ordeshook) die Einschätzung der Bevölkerung bezüglich der Offenheit von Politik für den Einfluss der Bürger\*innen (vgl. ebd.; Craig et al. 1990). Arbeiten zur internalen Dimension beschäftigen sich derweil mit dem Zutrauen von Personen in die eigenen Fähigkeiten als Bürger\*in politisch Einfluss zu nehmen (vgl. Johann 2009: 430; Niemi et al. 1991; Morrell 2003).

*citizens' preferences*“ (Kühnel 2001: 68, Hervorh. d. Verf.). Folglich lautet Hypothese 5b:

H5b: Je zufriedener Befragte mit der Demokratie in der EU sind, desto eher beteiligen sie sich an der Wahl.

## **4. Empirische Untersuchung**

### 4.1 Datengrundlage

Die Grundlage der im Folgenden durchgeführten Analyse der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 bildet das Eurobarometer 91.5 (2019) „ZA 7576“ (vgl. Europäische Kommission und Europäisches Parlament 2019).<sup>23</sup> Das Eurobarometer ist eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Meinungsumfrage, die in regelmäßigen Abständen (überwiegend) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird.<sup>24</sup>

Das Eurobarometer 91.5 wurde im Zeitraum zwischen dem 07.06.2019 und dem 01.07.2019 und somit kurz nach der vom 23.05.2019 bis zum 26.05.2019 stattgefundenen Europawahl durchgeführt. Die Grundgesamtheit umfasst die Bevölkerung der jeweiligen Nationalitäten der (damals) 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Alter von 15 Jahren und älter.<sup>25</sup> Für das Auswahlverfahren wurde die geschichtete Zufallsauswahl gewählt; Erhebungsmodus war das persönliche Interview. Die Datenerhebung wurde von dem Forschungsunternehmen Kantar durchgeführt. Insgesamt umfasst der Datensatz 32524 Befragte. So wurden je Land zirka 1000 Personen befragt.<sup>26</sup> Das Eurobarometer 91.5 wurde aus verschiedenen Gründen herangezogen. Erstens bietet es als Nachwahlbefragung die Möglichkeit, die Wahlteilnahme bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als abhängige Variable zu prüfen. Im Vergleich zur Wahlstudie der European Election Studies (vgl. Schmitt et al. 2022) bietet das Eurobarometer des Weiteren die Möglichkeit, mehr Konzepte der rationalen Theorie zu prüfen. Außerdem weist das Eurobarometer im

---

<sup>23</sup> Der Datensatz und der Stata Do-File sind der Arbeit in elektronischer Form beigelegt.

<sup>24</sup> Da die Europäische Union (bzw. die Europäische Kommission) als staatliche Auftraggeberin gleichzeitig das Forschungsobjekt darstellt, sieht sich das Eurobarometer vereinzelt der Kritik von möglichen manipulativen Lenkungen ausgesetzt (vgl. Höpner und Jurczyk 2012).

<sup>25</sup> Hinzu kommen für diese Untersuchung nicht relevante Befragte aus der Türkei, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien, Albanien sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft.

<sup>26</sup> Da nur knapp 5 % der Staatsbürger\*innen der Länder, in denen eine Wahlpflicht für die Europawahl herrschte (Belgien, Luxemburg, Griechenland, die Republik Zypern und Bulgarien), angaben, sie hätten an der Wahl teilgenommen, weil sie dazu verpflichtet waren, werden auch Befragte aus diesen Ländern in der Analyse berücksichtigt (siehe Anhang 2).

Vergleich zu anderen in den letzten Jahren durchgeführten Wahlstudien ein verhältnismäßig geringeres Overreporting der Wahlteilnahme auf.

#### 4.2 Statistisches Vorgehen und Operationalisierung

Die interferenzstatistische Untersuchung erfolgt anhand zweier Analysen.<sup>27</sup> Im ersten Schritt werden die Hypothesen bivariat geprüft, indem der Zusammenhang zwischen den verschiedenen unabhängigen Variablen und der individuellen Wahlteilnahme mittels Kreuztabellen sowie des (aufgrund der nominal skalierten abhängigen Variable gewählten) Zusammenhangsmaß 'Cramer's V' dargestellt wird. Anschließend folgt eine multivariate Prüfung der Prädiktoren mittels verschiedener Regressionsmodelle (für dieses Vorgehen siehe auch Kühnel 2001 und Johann 2009).<sup>28</sup>

Hierfür werden zuerst die abhängige Variable sowie die unabhängigen Variablen anhand des oben vorgestellten Datensatzes operationalisiert.

Die Operationalisierung der abhängigen Variablen erfolgt anhand der Frage, ob die interviewte Person an der Europawahl 2019 teilgenommen hat. Der deutschsprachige Fragetext im Eurobarometer lautet:<sup>29</sup>

Am 26. Mai fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Einige Menschen in Deutschland sind aus dem einen oder anderen Grund nicht zur Wahl gegangen. Haben Sie selbst bei der Wahl zum Europäischen Parlament Ihre Stimme abgegeben?<sup>30</sup>

Da es für die Arbeit nur von Relevanz ist, ob ein\*e Befragte\*r gewählt hat oder nicht, erfolgt für die abhängige Variable eine Dummy-Codierung: Interviewte, die mit „Ja, Stimme abgegeben“ geantwortet haben werden als Wähler\*in, Personen, die „Nein, Stimme nicht abgegeben“ angaben als Nichtwähler\*in codiert. Befragte, die keine

---

<sup>27</sup> Der Datensatz bietet dadurch, dass Wähler\*innen und Nichtwähler\*innen separat dazu befragt wurden, weshalb sie (nicht) an der Wahl teilnahmen, theoretisch auch die Möglichkeit einer deskriptiven Analyse (vgl. Zalc et al. 2009: 44/46). Mit diesen Angaben könnte zwar auch die Forschungsfrage beantwortet werden, da hierbei aber die Gefahr besteht, alle Angaben der Personen im Nachhinein als Kosten-Nutzen-Abwägung zu interpretieren, wird auf diese Untersuchung verzichtet.

<sup>28</sup> Der genaue Umgang mit den Variablen und der Modellaufstellung für die multivariate Analyse wird unter 4.4.1 erläutert.

<sup>29</sup> Der Fragebogen wurde in die verschiedenen europäischen Landessprachen übersetzt. Hier und im Folgenden wird die deutschsprachige Version vorgestellt. Für den vollständigen Fragebogen sowie alle Sprachversionen siehe Europäische Kommission und Europäisches Parlament (2019).

<sup>30</sup> Für alle in dieser Arbeit verwendeten Fragetexte des Eurobarometers siehe Anhang 3.

Angabe gemacht haben oder „weiß nicht“ aussagten, werden von der Untersuchung ausgeschlossen.<sup>31</sup> Da im Eurobarometer auch Personen ab 15 Jahren befragt wurden, im Fragebogen bezüglich der Wahlteilnahme aber lediglich Nicht-EU-Bürger\*innen ausgefiltert werden, nicht aber Personen, die aufgrund ihres Alters noch nicht wahlberechtigt waren, werden Interviewte, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht das jeweilige Wahlalter erreicht hatten, ebenfalls aus den Untersuchungen ausgeschlossen.<sup>32</sup> Insgesamt wird somit eine berichtete Wahlbeteiligung von 62,9 % erreicht, die 12,2 Prozentpunkte über der tatsächlichen Wahlbeteiligung von 50,7 % liegt (vgl. Europäisches Parlament 2019a).<sup>33</sup> Dies ist freilich nicht die erste Arbeit, in der die Umfrageergebnisse die faktische Wahlbeteiligung überschätzen (siehe Anhang 5). Da das Overreporting dieser Arbeit das übliche Ausmaß aber nicht überschreitet und vor allem aufgrund der Größe des Datensatzes sollte es dennoch möglich sein, verlässliche Aussagen über Einstellungen sowie Verhaltensweisen von Nichtwähler\*innen (bzw. Wähler\*innen) treffen zu können.

Die Operationalisierung der ersten Hypothese erfolgt anhand der Frage, wie häufig Befragte mit Freund\*innen und Verwandten über europäische politische Angelegenheiten diskutieren.

Zur Überprüfung von Hypothese 2 wird auf die Frage zurückgegriffen, ob bzw. wie häufig die befragte Person im vergangenen Jahr am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen hatte. Damit sollte sowohl die allgemeine wirtschaftliche Situation als auch die Dringlichkeit und ihre damit verbundene mentale Belastung wiedergegeben werde.

Die dritte Hypothese wird mittels eines Zustimmungssitems geprüft, das abfragt, inwieweit Interviewte der Ansicht sind, die Interessen ihres jeweiligen Landes würden in der EU gute Berücksichtigung finden.

Für die Überprüfung der vierten Hypothese bieten sich gleich mehrere Fragestellungen im Eurobarometer an. So sollen Befragte sowohl Auskunft darüber geben, wie stark sie sich mit der EU verbunden fühlen als auch darüber, ob sie glücklich

---

<sup>31</sup> Die Europäischen Kommission und das Europäische Parlament fügen diese Gruppe für ihre Studie zu den Nichtwähler\*innen hinzu (vgl. Zalc et al. 2019). Ebenso gehen weitere Arbeiten vor, welche die Wahlteilnahme auf Grundlage dieses Datensatzes untersuchen (vgl. Braun und Schäfer 2022). Aus diesem Grund unterscheidet sich die berichtete Wahlteilnahme in dieser Arbeit (knapp 63 %, siehe unten), von jener in den ebengenannten Publikationen (ca. 56 %).

<sup>32</sup> Für Österreich und Malta galt 16 als Wahlalter, für alle anderen EU-Mitgliedsländer 18.

<sup>33</sup> Für die Differenz und graphische Darstellung zwischen berichteter und faktischer Wahlteilnahme in den einzelnen Mitgliedstaaten siehe Anhang 4.

sind, in der EU zu leben und ob sie sich als Bürger\*in der Europäischen Union fühlen.

Der Aspekt der politischen Wirksamkeit, der für die Hypothese 5a von Bedeutung ist, wird anhand der Zustimmung zur Aussage erfasst, die eigene Stimme zähle in der EU.<sup>34</sup>

Abschließend wird die Demokratiezufriedenheit in der EU mittels der Frage operationalisiert, ob Befragte damit zufrieden sind, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert.

#### 4.3 Bivariate Analyse

Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der bivariaten Analyse mit der individuellen Wahlteilnahme als abhängiger Variable. In den Zeilen wird die Verteilung der Häufigkeit der jeweiligen Variablenausprägung in Bezug auf die Wahlteilnahme dargestellt. Die Beobachtungen entsprechen hierbei den Erwartungen. So weisen die als unabhängigen Variablen operationalisierten Items jeweils einen statistisch signifikant schwachen bis mittleren Zusammenhang damit auf, ob Befragte bei der Europawahl 2019 ihre Stimme abgegeben haben.

Abbildung 2: Bivariate Analyse der Wahlteilnahme

	Wahlteilnahme		Gesamt
	Ja	Nein	
Häufigkeit europapolitischer Diskussionen			
Niemals	45,20 %	54,80 %	100 %
Gelegentlich	67,92 %	32,08 %	100 %
Häufig	79,81 %	20,19 %	100 %
Cramer's V	0,25		
N	23649		
Am Ende des Monats Probleme beim Bezahlen von Rechnungen in den letzten 12 Monaten			
Nahezu nie/ nie	67,95 %	32,05 %	100 %
Gelegentlich	56,27 %	43,73 %	100 %
Meistens	48,55 %	51,45 %	100 %
Cramer's V	0,14		
N	23511		
EU berücksichtigt Landesinteressen gut			
Stimme überhaupt nicht zu	51,29 %	48,71 %	100 %
Stimme eher nicht zu	59,38 %	40,62 %	100 %
Stimme eher zu	68,69 %	31,31 %	100 %
Stimme voll und ganz zu	72,45 %	27,55 %	100 %
Cramer's V	0,14		
N	22229		

<sup>34</sup> Da in der englischen Version des Fragebogens von der *Voice* und nicht der *Vote* gesprochen wird, ist davon auszugehen, dass hierbei der Gedanke der allgemeinen Wirksamkeit im politischen System erfasst wird und nicht die direkt Frage nach der Wichtigkeit der eigenen Wahlstimme bei den Europawahlen.

	Wahlteilnahme		Gesamt
	Ja	Nein	
<b>Gefühlte Verbundenheit mit der EU</b>			
Überhaupt nicht verbunden	49,06 %	50,94 %	100 %
Nicht sehr verbunden	56,89 %	43,11 %	100 %
Ziemlich verbunden	68,48 %	31,52 %	100 %
Sehr verbunden	70,58 %	29,42 %	100 %
Cramer's V	0,15		
N	23379		
<b>Gefühlte EU-Bürgerschaft</b>			
Nein, überhaupt nicht	46,96 %	53,04 %	100 %
Nein, eher nicht	51,30 %	48,70 %	100 %
Ja, teilweise	63,68 %	36,32 %	100 %
Ja, voll und ganz	71,92 %	28,08 %	100 %
Cramer's V	0,17		
N	23616		
<b>Glücklich in der EU zu leben</b>			
Stimme überhaupt nicht zu	49,44 %	50,56 %	100 %
Stimme eher nicht zu	51,66 %	48,34 %	100 %
Stimme eher zu	62,36 %	37,64 %	100 %
Stimme voll und ganz zu	73,07 %	26,93 %	100 %
Cramer's V	0,16		
N	22002		
<b>Eigene Stimme zählt in der EU</b>			
Stimme überhaupt nicht zu	38,27 %	61,73 %	100 %
Stimme eher nicht zu	51,02 %	48,98 %	100 %
Stimme eher zu	73,75 %	26,25 %	100 %
Stimme voll und ganz zu	82,25 %	17,75 %	100 %
Cramer's V	0,33		
N	22608		
<b>Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU</b>			
Überhaupt nicht zufrieden	51,44 %	48,56 %	100 %
Nicht sehr zufrieden	59,32 %	40,68 %	100 %
Ziemlich zufrieden	67,70 %	32,30 %	100 %
Sehr zufrieden	72,51 %	27,49 %	100 %
Cramer's V	0,12		
N	21797		

Abbildung 2: Bivariate Analyse der Wahlteilnahme (Fortsetzung)

Alle Werte sind auf dem Niveau von  $p < 0,001$  signifikant.

Die Beteiligungsraten sind in den jeweiligen Ausprägungen der Fragestellungen stets so verteilt, wie es seitens der Hypothesen vermutet wurde.

So gaben knapp 80 % der Personen, die häufig mit Verwandten und Freunden über europapolitische Angelegenheiten diskutieren, an, gewählt zu haben, während dies nur 45 % der Befragten taten, die aussagten, niemals solche Diskussionen zu führen.

Auch die Beteiligungsrate der Befragten, die am Ende des Monats meistens Probleme haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, liegt unter 50 %, während sie bei denjenigen, die nie oder nahezu nie Liquiditätsprobleme verzeichnen, bei knapp 68 % liegt.

Ein ebenfalls gradueller Anstieg der Wahlteilnahme ist bei Personen zu beobachten,

die der Meinung sind, die Interessen ihres Landes würden in der EU gute Berücksichtigung finden. So liegt sie bei Befragten, die davon voll und ganz überzeugt sind, über 20 Prozentpunkte höher als bei denjenigen, die dieser Aussage überhaupt nicht zustimmen.

Ähnliches lässt sich für die Items berichten, die sich auf die Verbundenheit zur Europäischen Union beziehen. Auch hier steigt die Wahlteilnahme schrittweise mit dem Grad der Verbundenheit an. So liegt diese bei Interviewten, die sich überhaupt nicht mit der Europäischen Union verbunden fühlen bei unter 50 %, während über 70 % der Befragten, die sich sehr mit der EU verbunden fühlen, angaben, ihre Stimme abgegeben zu haben. Von den Personen, die sich überhaupt nicht als EU-Bürger\*in fühlen, nahmen nur knapp 47 % an der Wahl teil; bei solchen, die sich voll und ganz als Bürger\*in der Europäischen Union empfinden, liegt dieser Wert bei knapp 72 %. Außerdem liegt die Beteiligungsrate bei Befragten, die überhaupt nicht glücklich sind, in der Europäischen Union zu leben, mehr als 23 Prozentpunkte unter dem Wert derjenigen, die hierüber voll und ganz glücklich sind.

Der stärkste Zusammenhang ist bei der Frage der politischen Wirksamkeit festzustellen. So gaben über 82 % der Personen, die voll und ganz davon überzeugt sind, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, an, ihre Stimme abgegeben zu haben, während dieser Wert bei Befragten, die davon überhaupt nicht ausgehen, mit circa 38 % weit darunter liegt.

Abschließend bestätigt sich auch der vermutete Zusammenhang zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Wahlbeteiligung. Liegt diese doch bei Interviewten, die mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union sehr zufrieden sind, mehr als 20 Prozentpunkte über denjenigen, die mit diesem Aspekt überhaupt nicht zufrieden sind.

Nachdem die bivariate Analyse bereits interessante Ergebnisse geliefert hat, soll nun geprüft werden, ob sich die Resultate in einer multivariaten Analyse bestätigen und welche Erkenntnisse bei der Betrachtung des gemeinsamen Zusammenspiels der unabhängigen Variablen auf die Wahlteilnahme gewonnen werden können.

## 4.4 Multivariate Analyse

### *4.4.1 Vorgehen*

Wie oben gesehen, liegt mit der Wahlteilnahme eine dichotome abhängige Variable vor, weshalb die multivariate Analyse anhand einer binären logistischen Regression erfolgt. Hierbei nimmt die abhängige Variable bei Nichtteilnahme den Wert 0 und bei Teilnahme den Wert 1 an. Die kategorialen Ausprägungen der unabhängigen Variablen werden als Indikatorvariablen dargestellt, in denen jeweils die erste Ausprägung die Referenzkategorie bildet.

Da mit steigender Zustimmung zu den Aussagen bezüglich der politischen Wirksamkeit sowie der Berücksichtigung der Länderinteressen in der EU auch eine steigende Wahlteilnahme erwartet wird, werden die Antwortskalen dieser Variablen zuvor jeweils (im Vergleich zur Originalcodierung) umgepolt, sodass der Zahlenwert der Ausprägung mit steigender Zustimmung ebenfalls ansteigt. Gleiches erfolgt bei den Items bezüglich der Häufigkeit europapolitischer Diskussionen sowie der Demokratiezufriedenheit. Auch die Antwortmöglichkeiten bezüglich der finanziellen Schwierigkeiten werden umgepolt, weil bei zunehmenden Liquiditätsproblemen mit einem Rückgang der Wahlteilnahme gerechnet wird. Da die Items, welche die Verbundenheit, die gefühlte EU-Bürgerschaft und die Zustimmung zur Aussage, wie glücklich Interviewte sind, in der EU zu leben, allesamt das Konzept der Verbundenheit zum politischen System abfragen, werden diese in dem sogenannten *Verbundenheitsindex* zusammengefasst. Fehlende Werte (wie bspw. die Angabe „weiß nicht“) werden in allen hier vorgestellten Prädiktoren aus der Untersuchung ausgeschlossen.

Insgesamt werden vier verschiedene Regressionsmodelle aufgestellt. Das Erste beinhaltet die unabhängigen Variablen der Wahlkosten sowie den instrumentellen Nutzenfaktor. Im zweiten Modell werden die expressiven Nutzenfaktoren geprüft. Das dritte Modell fasst (bis auf die Demokratiezufriedenheit – dazu später mehr) alle untersuchten Nutzenfaktoren sowie die Wahlkosten zu einem Gesamtmodell zusammen.

Zu diesem werden im vierten Modell die soziodemografischen Variablen Bildung, Schichtzugehörigkeit, Alter und Geschlecht sowie die Frage, ob Personen mit der Situation der derzeitigen Entwicklung der EU zufrieden sind, hinzugefügt.

Ein höherer formaler Bildungsgrad wird, wie oben beschrieben, von einigen Au-

tor\*innen gemäß der Theorie des rationalen Handels (aufgrund möglicher geringerer Informationskosten) mit einer höheren Wahlbeteiligung in Verbindung gebracht. Dieser wird im Eurobarometer erfasst, indem Befragte angeben sollen, in welchem Alter ihre Schul- bzw. Universitätsausbildung endete. Auf Basis dieser Angaben werden die Interviewten in drei Kategorien eingeteilt (vgl. auch Zalc et al. 2019): Solche ohne Schul- und Universitätsabschluss sowie diejenigen, die diese formale Bildung im Alter von unter 16 Jahren abschlossen, formen die erste (und somit die Referenz-) Kategorie. Personen, die im Alter zwischen 16 und 19 Jahren die Schule oder Universität verließen bilden Kategorie 2. Schließlich formen Befragte, deren Bildung im Alter von 20 Jahren oder älter endete, die dritte Kategorie. Personen, die sich noch in einem dieser Bildungssysteme befinden, werden gemäß ihrem Alter in die jeweiligen Bildungskategorien eingeteilt. Damit spiegelt die Variable den höchsten gegenwärtigen Bildungsgrad wider.

Die gesellschaftliche Schichtzugehörigkeit wird von den Befragten selbst berichtet und umfasst fünf Antwortmöglichkeiten: die Arbeiterklasse der Gesellschaft (welche als Referenzkategorie dient), gefolgt von der unteren Mittelschicht, der Mittelschicht und der oberen Mittelschicht sowie abschließend der Oberschicht der Gesellschaft. Mit einer höheren Schichtzugehörigkeit sollte, aufgrund der erwarteten besseren finanziellen Lage der Befragten, welche die Informationskosten senken sollte, ebenfalls die Beteiligungsrate steigen.

Das Alter als Prädiktor wird in fünf verschiedenen Kategorien dargestellt: 16- bis 29-Jährige bilden als erste Gruppe die Referenzkategorie. Es folgen die Altersgruppen 30 – 44, 45 – 59, 60-74 sowie 75-Jährige und ältere Personen (vgl. auch Kühnel 2001). Die kategorielle Darstellung erfolgt, da in früheren Arbeiten bezüglich des Alters ein kurvenförmiger Verlauf der Wahlteilnahme beobachtet wurde, der mit zunehmendem Alter zuerst ansteigt und später im höheren Alter wieder abfällt (vgl. Kühnel 2001; Johann 2009), weshalb nicht mit einem linearen Einfluss des Alters zu rechnen ist.

Mit der aufgeführten Ausprägung *weiblich* wird die Variable *Geschlecht* dichotom dargestellt, in der *männlich* die Referenzkategorie bildet. Vom Geschlecht ist traditionell kein Zusammenhang bezüglich der Wahlteilnahme zu erwarten.

Abschließend wird dem Modell der Prädiktor „Beurteilung gegenwärtige Entwicklung“ hinzugefügt, für den Befragte angeben sollten, ob sie der Ansicht sind, die

Dinge in der EU entwickelten sich in die richtige bzw. falsche Richtung. Diese Variable soll erstens prüfen, ob die Verbundenheit zur EU auch dann noch einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Wahlteilnahme ausübt, wenn danach kontrolliert wird, wie Befragte die gegenwärtige Entwicklung der Europäischen Union wahrnehmen. Hiermit soll die Unabhängigkeit der Verbundenheit zum politischen System von gegenwärtigen Entwicklungen geprüft werden.

Diese Variable könnte auch als instrumenteller Nutzen verstanden werden. Sind Befragte nämlich der Ansicht, die Dinge in der EU entwickelten sich entweder in die richtige oder die falsche Richtung, sollten sie einen Anreiz für die Wahlteilnahme empfinden, der darin liegt, die bestehenden Machtverhältnisse durch die Stimmabgabe zu bestätigen oder zu verändern. Diese Überlegung basiert auf der bereits oben beleuchteten Grundannahme Downs, die Regierung sei die Machtzentrale auf einem bestimmten Gebiet, weshalb Bürger\*innen gewählte Vertreter\*innen für die gegenwärtige Entwicklung der EU verantwortlich machen sollten. Dementsprechend werden die beiden Ausprägungen, *die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung* und *die Dinge entwickelten sich in die falsche Richtung* dargestellt, indem die Aussage, *die Dinge entwickelten sich weder in die richtige noch die falsche Richtung* die Referenzkategorie bildet. Die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“ bzw. „keine Angabe“ wird ebenfalls zur Referenzkategorie hinzugefügt, da diese auch eine Meinungsunentschiedenheit und damit eine gewisse Indifferenz ausdrücken sollte.

Die Regressionsanalyse erfolgt (wie auch schon die bivariate Untersuchung) anhand ungewichteter Daten. Zwar stellt das Eurobarometer für die Datenanalyse beispielsweise eine Gewichtunggröße zur Verfügung, welche die tatsächlichen Länderpopulationen im Vergleich zueinander berücksichtigt; diese enthalten jedoch zusätzlich weitere Gewichtungsgößen wie Geschlecht, Alter und Größe der Ortschaft, weshalb (unter anderem) der Empfehlung von Arzheimer gefolgt wird und die ungewichteten Daten analysiert werden (vgl. Arzheimer 2009: 14).<sup>35</sup>

Um die Prädiktoren auf eine mögliche Multikollinearität zu prüfen, wurde eine Korrelationsmatrix erstellt (siehe Anhang 6). Dabei liegt die höchste Korrelation bei ei-

---

<sup>35</sup> Um dennoch mögliche Unterschiede zwischen gewichteten und ungewichteten Daten aufzuzeigen und die Robustheit der Modelle zu prüfen, wurden diese jeweils zusätzlich mit gewichteten Daten aufgestellt (siehe Anhang 7). Hierbei sind keine nennenswerten Unterschiede zu den Modellen auf Basis ungewichteter Daten zu beobachten.

nem Wert von  $r_s = 0,46$ , weshalb davon ausgegangen werden kann, dass Multikollinearität in den Modellen kein Problem darstellen sollte.

#### 4.4.2 Ergebnisbeschreibung

Die verschiedenen Regressionsmodelle werden in Abbildung 3 dargestellt. Die theoretischen Erwartungen und die Ergebnisse der bivariaten Analyse stimmen überwiegend auch mit den Koeffizienten der Regressionsmodelle überein. So finden sich im ersten Modell bei allen der drei Variablen die erwarteten Vorzeichen: Mit der Häufigkeit der europapolitischen Diskussionen steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme schrittweise an. Probleme dabei, am Ende des Monats Rechnungen zu bezahlen, sorgen für eine stufenweise Abnahme der Teilnahmewahrscheinlichkeit, während diese mit der Überzeugung, die Interessen des eigenen Landes würden in der EU Berücksichtigung finden, schrittweise ansteigt. Alle diese Effekte weisen eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0,1 % auf und sind damit statistisch höchst signifikant.

Ähnliches zeigt sich bei der Betrachtung der expressiven Nutzenfaktoren im zweiten Modell. Der aufgestellte Verbundenheitsindex weist einen (auf dem Niveau von  $p < 0,001$ ) signifikanten und positiven Zusammenhang mit der individuellen Wahlteilnahme auf. Des Weiteren zeigt sich auch bezüglich der politischen Wirksamkeit der erwartete Effekt: So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Befragte an der Wahl beteiligen, schrittweise mit der Zustimmung zu der Aussage, dass die eigene Stimme in der EU von Bedeutung ist. Auch dieser Wert ist mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0,1 % statistisch signifikant.

Anders sieht es bei dem Prädiktor Demokratiezufriedenheit aus. Die Frage danach, ob Bürger\*innen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden sind, hat keinen signifikanten Einfluss auf die Wahlteilnahme. So ist dieser Prädiktor bezüglich zweier seiner Ausprägungen statistisch nicht signifikant. Die Ausprägung *ziemlich zufrieden* weist sogar einen leicht negativen Effekt auf.<sup>36</sup> Das dritte Modell bestätigt überwiegend die Koeffizienten der ersten beiden Modelle; dennoch sind auch interessante Veränderungen zu beobachten.

---

<sup>36</sup> Da dies (worauf in der anschließenden Diskussion genauer eingegangen wird) ein Indiz dafür sein könnte, dass (wie vermutet) die Demokratiezufriedenheit einen Aspekt der Wirksamkeit darstellt, wird die unabhängige Variable *Demokratiezufriedenheit* in den Modellen drei und vier nicht weiter berücksichtigt.

Abbildung 3: Multivariate Analyse der Wahlteilnahme

Abhängige Variable: Wahlteilnahme	(1) Wahlkosten und instrumenteller Nutzenfaktor	(2) Expressive Nutzenfaktoren	(3) Gesamtmodell (ohne Demokratie- zufriedenheit)	(4) Gesamtmodell inklusive Kontrollvariablen
Häufigkeit Europapolitischer Diskussionen (Referenz: Niemals)				
Gelegentlich	0,858*** (0,033)		0,737*** (0,036)	0,634*** (0,039)
Häufig	1,448*** (0,050)		1,253*** (0,055)	0,994*** (0,059)
Probleme in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats die Rechnungen zu bezahlen (Referenz: Nahezu nie/ nie)				
Gelegentlich	-0,399*** (0,034)		-0,295*** (0,038)	-0,085* (0,040)
Meistens	-0,651*** (0,512)		-0,413*** (0,058)	-0,108 (0,063)
Interessen des eigenen Landes werden in der EU gut berücksichtigt (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)				
Stimme eher nicht zu	0,269*** (0,049)		-0,036 (0,058)	-0,041 (0,061)
Stimme eher zu	0,594*** (0,048)		-0,043 (0,061)	-0,036 (0,064)
Stimme voll und ganz zu	0,699*** (0,064)		-0,089 (0,078)	0,008 (0,082)
Verbundenheitsindex		0,147*** (0,027)	0,068* (0,025)	0,065* (0,029)
Eigene Stimme zählt in der EU (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)				
Stimme eher nicht zu		0,431*** (0,051)	0,391*** (0,052)	0,423*** (0,054)
Stimme eher zu		1,375*** (0,052)	1,261*** (0,053)	1,299*** (0,056)
Stimme voll und ganz zu		1,823*** (0,061)	1,607*** (0,063)	1,612*** (0,067)
Zufriedenheit mit der Art und Weise der Demokratie in der EU (Referenz: Überhaupt nicht zufrieden)				
Nicht sehr zufrieden		-0,106 (0,067)		
Ziemlich zufrieden		-0,138* (0,068)		
Sehr zufrieden		-0,164 (0,093)		
Dinge in der EU entwickeln sich in die ... Richtung [Referenz: Weder richtige noch falsche/ Weiß nicht]				
richtige				0,116* (0,050)
falsche				0,136** (0,048)
Alter des Schul- bzw. Universitätsabschlusses (Referenz: unter 16 Jahre oder ohne Abschluss)				
16-19 Jahre				-0,032 (0,055)
20 Jahre und älter				0,558*** (0,061)
Selbstberichtete Schichtzugehörigkeit (Referenz: Arbeiterklasse der Gesellschaft)				
Untere Mittelschicht der Gesellschaft				0,095 (0,053)
Mittelschicht der Gesellschaft				0,310*** (0,043)
Obere Mittelschicht der Gesellschaft				0,559*** (0,083)
Oberschicht der Gesellschaft				0,534* (0,256)
Altersgruppe (Referenz: 16-29 Jahre)				
30-44 Jahre				0,345*** (0,056)
45-59 Jahre				0,767*** (0,055)
60-74				1,268*** (0,058)
75 Jahre und älter				1,261*** (0,080)
Geschlecht: Weiblich (Referenz: Männlich)				
				-0,062 (0,035)
Konstante	-0,344*** (0,049)	-0,639*** (0,078)	-0,855*** (0,082)	-2,084*** (0,120)
N	21881	19553	19542	18822
Pseudo R <sup>2</sup>	0,07	0,08	0,11	0,15

\* auf dem Niveau von  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$  und \*\*\*  $p < 0,001$  signifikant. Dargestellt sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten und deren Standardabweichungen (in Klammern).

So zeigt sich erneut der höchstsignifikante Einfluss der Kosten-Prädiktoren sowie der politischen Wirksamkeit, die allesamt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0,1 % den erwarteten schrittweise zunehmenden Einfluss und die vermuteten Vorzeichen aufweisen. Auch die Verbundenheit als unabhängige Variable zeigt sich weiterhin als statistisch signifikant mit erwarteter Einflussrichtung, wenngleich sie als Prädiktor im Vergleich zum Modell 2 an Effektstärke und Signifikanz verliert (auch wenn ein Vergleich der Modelle bei logistischen Regressionen nur begrenzt durchgeführt werden kann, vgl. Marx 2019: 130). Erwähnenswert ist, dass die Frage danach, ob Befragte die Ansicht vertreten, die Interessen ihres Landes würden in der EU berücksichtigt werden, unter Kontrolle der expressiven Nutzenfaktoren den Einfluss auf die Wahlteilnahme verliert.

Im vierten Modell, das dem Gesamtmodell die Kontrollvariablen hinzufügt, bestätigen sich erneut der Einfluss und die Signifikanz der europapolitischen Diskussionen und der Wirksamkeit als Prädiktoren für die individuelle Wahlteilnahme. Sie nehmen zwar (wie schon in Modell 3) leicht an Stärke ab, bleiben aber mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von jeweils unter 0,1 % statistisch höchst signifikant.

Persönliche wirtschaftliche Probleme verlieren im vierten Modell überwiegend ihre Signifikanz. Gelegentliche Liquiditätsprobleme üben im Vergleich zu keinen Problemen zwar noch einen signifikant negativen Einfluss auf die Teilnahme auf, dieser ist aber im Vergleich zu den vorigen Modellen schwächer und weniger signifikant.

Weiterhin als signifikant und mit erwarteten Vorzeichen stellt sich der Verbundenheitsindex heraus. Dieser verliert (im Vergleich zum vorigen Modell) aber weiter leicht an Einflussstärke.

Viele der hinzugefügten Kontrollvariablen erweisen sich ebenfalls als statistisch signifikant. So steigt die Teilnahmewahrscheinlichkeit sowohl an, wenn Befragte die Ansicht vertreten, die Dinge in der EU entwickelten sich in die richtige Richtung, aber auch, wenn sie der Meinung sind, die gegenwärtige Entwicklung sei falsch; jeweils im Vergleich zu solchen Interviewten, welche die gegenwärtige Entwicklung der EU als weder richtig noch falsch bewerteten. Bezüglich der Bildung ist ein signifikant positiver Einfluss auf die Wahlteilnahme bei denjenigen Befragten zu beobachten, die ihre Schul- oder Universitätsausbildung im Alter von über 20 Jahren beendeten. Interviewte, welche die Schule oder Universität im Alter zwischen 16 und 19 Jahren verließen, weisen derweil (im Vergleich zu solchen, die ihre formale

Bildung im Alter von unter 16 Jahren abschlossen oder ohne Abschluss sind) keine signifikant höhere Beteiligungswahrscheinlichkeit auf.

Auch die selbstberichtete Schichtzugehörigkeit wirkt auf die Wahlbeteiligung ein. Während der Einfluss bei Befragten aus der unteren Mittelschicht (im Vergleich zu solchen aus der Arbeiterklasse der Gesellschaft) nicht signifikant ist, weist er in den anderen angegebenen Gesellschaftsschichten eine statistische Signifikanz auf. So steigt die Teilnahmewahrscheinlichkeit in den höheren Gesellschaftsschichten erst an, ehe sie bei Befragten aus der Oberschicht wieder leicht abfällt.

Wie schon bezüglich der Bildung und der selbstberichteten Schichtzugehörigkeit steigen auch mit zunehmendem Alter die Beteiligungsraten an. Dieser Anstieg ist in jeder Altersgruppe mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0,1 % signifikant. Er verhält sich in dem Sinne leicht kurvenförmig, als dass die Teilnahme von Altersgruppe zu Altersgruppe bis zu den Kategorien der 60- bis 74-Jährigen steigt; von dort nimmt die Beteiligungsrate der Befragten, die über 75 Jahre alt sind - im Vergleich zu den 60- bis 74-Jährigen (jeweils in Referenz zu den 16-19 Jahre alten Befragten) - nicht weiter zu und sogar minimal ab.

Bezüglich des Geschlechts lässt sich kein signifikanter Zusammenhang mit der Beteiligung beobachten.

Der Pseudo- $R^2$ -Wert nimmt, wie zu erwarten, mit der Hinzunahme von Variablen jeweils von Modell zu Modell weiter zu und beträgt im vierten Modell 0,15. Die Anzahl der Befragten, die in die Modelle einfließen, reicht von 18822 (im vierten Modell) bis 21881 (im ersten Modell), wodurch die Stichproben verhältnismäßig groß ausfallen.

Wie sich diese Beobachtungen erklären lassen und was die vorgestellten Ergebnisse für die einzelnen Hypothesen und somit für die Beantwortung der Forschungsfrage bedeuten, soll im Folgenden dargestellt werden.

## **5. Diskussion**

Sowohl die Ergebnisse der bivariaten als auch jene der multivariaten Analyse sprechen zum Großteil für die aufgestellten Hypothesen.

Die beiden Prädiktoren der Wahlkosten wirken sich so auf die Teilnahme aus, wie auf Grundlage der Hypothesen 1 und 2 zu erwarten war. So steigt die Beteiligungswahrscheinlichkeit, je öfter Personen mit anderen über die europäische Politik sprechen. Dies lässt sich damit begründen, dass Bürger\*innen, die sich oft über euro-

papolitische Angelegenheiten mit anderen austauschen, über einen Zugang zu besonders kostenarmen Informationen verfügen, wodurch die Informationskosten für die Teilnahme gesenkt werden können. Anzumerken ist, dass das Item der politischen Diskussion in anderen Arbeiten oftmals als Anzeichen für ein politisches Interesse gedeutet wird (vgl. Braun und Schäfer 2022). Da aber auch politisches Interesse die empfundenen Informationskosten senken sollte (vgl. bspw. Johann 2009: 429), sollte dies die theoretische Aussagekraft der Variablen nicht beeinflussen.

Indes sinken die Teilnahmequoten bei Befragten mit Liquiditätsproblemen, was damit begründet werden kann, dass diese aufgrund ihrer belastenden finanziellen Situation, geringere kognitive, emotionale und zeitliche Ressourcen zur Verfügung haben, sich mit Informationen politischer Art auseinanderzusetzen und sie zu verarbeiten. Zwar verliert dieser Effekt bei gemeinsamer Betrachtung mit den Kontrollvariablen überwiegend seine Signifikanz; dies ist aber nicht weiter überraschend, wenn berücksichtigt wird, dass hierbei die Variablen Bildungsgrad und Schichtzugehörigkeit ins Modell aufgenommen werden.

Auch die Überzeugung davon, dass die jeweiligen Landesinteressen der Befragten in der EU Berücksichtigung finden, hat einen Effekt auf die Wahlteilnahme und stützt damit die dritte Hypothese. Allerdings verliert dieser Einfluss unter Kontrolle der expressiven Nutzenfaktoren seine Signifikanz. Weitere Modelle zeigen, dass dies nicht unter der Hinzunahme der Verbundenheit geschieht, sondern erst, wenn die Wirksamkeit kontrolliert wird (siehe Anhang 8). Das könnte dafürsprechen, dass es sich hierbei um das gleiche Phänomen - um eine Dimension der Wirksamkeit - handelt: Personen, die davon ausgehen, dass die Interessen ihres Landes in der EU Berücksichtigung finden, dürften eher davon überzeugt, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt. Somit sehen Befragte hierin wohl keinen rein instrumentellen Nutzen, der unter die Wichtigkeit des Wahlausgangs fällt, sondern ebenfalls einen expressiven Nutzenfaktor, der die Rolle der eigenen Stimme in der EU widerspiegelt. Somit bestätigt sich aufgrund der beobachteten Wirkung zwar die Hypothese, nicht aber die Erwartung, dass es sich hierbei um einen von der Wirksamkeit unabhängigen Nutzenfaktor handelt. Ohnehin kann darüber diskutiert werden, ob es sich bei der Wirksamkeit, wie in dieser Arbeit auf Berufung von Riker und Ordeshook argumentiert wird, um einen expressiven Nutzenfaktor handelt, der

vom Wahlausgang unabhängig ist und darin besteht, sich selber die eigene Wirksamkeit im politischen System zu beweisen. Schließlich dürften die Befragten auch den Wahlausgang als wichtiger einschätzen, wenn sie davon ausgehen, dass die von ihnen präferierte Partei ihre Wünsche tatsächlich in die Tat umsetzt, wodurch dieses Konzept ebenso als instrumenteller Nutzen verstanden werden könnte. So verstehen zum Beispiel Craig und Kollegen das Konzept der Wirksamkeit zum Teil als Mittel „for citizens who wished to influence the political process or its outcomes“ (Craig et al. 1990: 291).

Einen stets signifikanten und positiven Einfluss auf die Beteiligung hat indes die Verbundenheit zur Europäischen Union. Ihr Effekt bleibt auch mit der Hinzunahme der Kontrollvariablen signifikant, wodurch die vierte Hypothese gestützt wird: Mit ihr steigt tatsächlich die Teilnahmewahrscheinlichkeit, was damit begründet werden kann, dass Bürger\*innen die Stimmabgabe als Mittel sehen, ihre Verbundenheit mit der EU auszudrücken.

Der erwartete Effekt der (bereits oben angesprochenen) Wirksamkeit bestätigt sich ebenfalls. Hier ist ein stets positiver und höchstsignifikanter Effekt auf die Wahlteilnahme zu beobachten, wodurch die Hypothese 5a gestützt wird.

Derweil lässt sich (im Gegensatz zur bivariaten Analyse) von der Demokratiezufriedenheit im multivariaten Modell kein positiver Einfluss auf die Wahlteilnahme beobachten (Hypothese 5b). Dass die Ausprägungen *ziemlich zufrieden* und *sehr zufrieden* des Prädiktors *Demokratiezufriedenheit* noch einen statistisch signifikanten und positiven Effekt auf die Wahlteilnahme ausüben, wenn nur die Verbundenheit kontrolliert wird, dieser Einfluss aber verschwindet, wenn die Wirksamkeit kontrolliert wird (siehe Anhang 9), könnte ein Indiz dafür sein, dass (wie oben vermutet) die Demokratiezufriedenheit tatsächlich als Aspekt der Wirksamkeit im politischen System verstanden werden kann. Diese Beobachtung entspricht also durchaus den Erwartungen.

Auch die dem multivariaten Modell als Kontrollvariablen hinzugefügten Prädiktoren weisen interessante Ergebnisse auf. Dass die Beteiligung sowohl bei positiver als auch negativer Bewertung der Entwicklung der EU steigt, könnte ein Hinweis darauf sein, dass auch instrumentelle Überlegungen in der Wahlentscheidung eine Rolle gespielt haben und Befragte bei einer diesbezüglichen Indifferenz einen geringeren Nutzen in der eigenen Wahlstimme sehen.

Die Beobachtung, dass mit dem Alter des formalen Bildungsabschlusses die Teilnahmewahrscheinlichkeit steigt, geht einher mit den Ergebnissen vieler vorheriger Arbeiten (vgl. Kühnel 2001, vgl. Johann 2009; vgl. Santana und Aguilar 2021). Der Einfluss wird in diesen Arbeiten (wie oben diskutiert) als Teil des Kostenfaktors gesehen, indem argumentiert wird, formale Bildung helfe Wahlberechtigten unter anderem ein Verständnis politischer Thematiken zu gewinnen und Informationen politischer Art zu bewerten, wodurch die Informationskosten sinken würden (vgl. Santana und Aguilar 2021: 122f.; Kühnel 2001: 22).

Dass auch mit der selbstberichteten Schichtzugehörigkeit die Teilnahmewahrscheinlichkeit steigt, ist nicht weiter überraschend, wenn davon ausgegangen wird, dass Befragte in höheren Gesellschaftsschichten weniger wirtschaftliche Probleme aufweisen. Interessant ist hingegen, dass die Wahlteilnahme in der Oberschicht wieder leicht abnimmt. Wie das zu begründen ist, kann in dieser Arbeit nicht abschließend beantwortet werden.

Der beobachtete Anstieg der Wahlbeteiligung mit dem Alter ist ebenfalls in vielen weiteren Arbeiten zu beobachten (vgl. bspw. Kühnel 2001; Johann 2009; Santana und Aguilar 2021). Autor\*innen begründen dies häufig mit dem Faktor der Wahlkosten: Bei jüngeren Menschen konkurriert die Wahlteilnahme oftmals mit der Gestaltung der Freizeit, was die Opportunitätskosten erhöhe (vgl. Kühnel 2001: 19; Johann 2009: 431). Aber auch die geringere Ausprägung der Wahlnorm und ein niedrigeres politisches Interesse führten laut Wissenschaftler\*innen zu geringeren Beteiligungsraten bei jüngeren Wahlberechtigten (vgl. Johann 2009: 431). Der von Kühnel und Johann beobachtete kurvenartige Verlauf der Wahlteilnahme im Alter, den sie damit begründen, dass die Opportunitätskosten für ältere Personen aufgrund körperlicher Beschwerden höher ausfielen, konnte in dieser Arbeit allerdings nur sehr minimal beobachtet werden.

Abschließend ist es nicht überraschend, dass das Geschlecht keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Es handelt sich hierbei um eine Beobachtung, die in der Literatur schon oft getätigt wurde.

Da die aus der rationalen Theorie hergeleiteten Hypothesen von den bivariaten und multivariaten Analysen zum Großteil bestätigt werden, kommt diese Arbeit zu dem Ergebnis, dass die untersuchte Forschungsfrage bejaht werden kann: Die Rational-

Choice-Theorie ist in der Lage, die individuelle Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 zu erklären.

Die Ergebnisse dieser Arbeit reihen sich also in die in Abbildung 1 vorgestellten Publikationen ein, die zum Großteil ihre rationalen Hypothesen bestätigt sahen. In Bezug auf die Wahlkosten bekräftigen die hier erarbeiteten Ergebnisse also beispielsweise die Publikation von Santana und Aguilar (2021), die ebenfalls die Wichtigkeit von Kostenfaktoren auf die Wahlteilnahme herausstellten. Dadurch, dass in dieser Arbeit mit der Variablen der finanziellen Situation ein Item hinzugefügt wurde, das die Autor\*innen aufgrund ihres verwendeten Datensatzes nicht untersuchen konnten (vgl. Santana und Aguilar 2021: 126f.), wirkt diese Arbeit sogar komplementierend. Die Erkenntnisse bezüglich des Einflusses der expressiven Nutzenfaktoren finden sich ebenfalls in den Beobachtungen anderer Arbeiten wieder: Die Wichtigkeit der Wahlnorm, die hier anhand der Verbundenheit zur EU sowie der Wirksamkeitsüberzeugung untersucht wurde, zeigt sich auch in vielen weiteren Publikationen (vgl. bspw. Riker und Ordeshook 1968; Kühnel 2001; Blais und Achen 2019). Abschließend teilen auch, wie oben gesehen, die betrachteten soziodemografischen Faktoren ihre Effekte zum Großteil mit der bereits vorhandenen Forschungsliteratur.

Konnten Konzepte bezüglich Wahlkosten und expressiver Nutzenfaktoren verhältnismäßig problemfrei überprüft werden, gestaltete sich das Testen der Einflusseinschätzung der eigenen Wahlstimme und instrumenteller Nutzenfaktoren als schwieriger. So konnten Erstere gar nicht und Letztere nur spärlich untersucht werden, da im verwendeten Datensatz beispielsweise Fragen bezüglich eines Parteiendifferenzials oder der Wichtigkeit des Wahlausgangs fehlten und deshalb Items herangezogen werden mussten, die diese Phänomene nur indirekt prüften. Die anfangs erwähnte Beobachtung von André Blais und seinen Kolleg\*innen trifft somit auch in dieser Arbeit zu: auch sie basiert auf einem Datensatz „that [was] not designed to test a rational choice model“ (Blais et al. 2000: 184). Somit konnten zwar Hinweise darauf gefunden werden, dass instrumentelle Nutzenüberlegungen für die Wahlteilnahme bei der Europawahl 2019 eine Rolle gespielt haben könnten; um diese Aussage fundierter vertreten zu können, müssten allerdings weitere Untersuchungen angestellt werden.

Andererseits ist es auch bezeichnend, dass für die Europawahl nachwahltypische

Items bezüglich der Wichtigkeit des Wahlausgangs fehlen, die explizit abfragen, wie wichtig Personen das Ergebnis der Wahl ist. Möglicherweise ist dies ein Symptom der in der Literatur zu den Wahlen zweiter Ordnung diskutierten Einstellung, die Europawahlen seien von weniger Relevanz.

Zukünftige Projekte könnten sich daher speziell mit diesen instrumentellen Nutzenfaktoren und deren Einfluss auf die Wahlteilnahme bei Europawahlen beschäftigen. Verwendet werden könnten hierbei Items, wie sie beispielsweise für nationale Nachwahlumfragen typisch sind, die von den Interviewten wissen wollen, ob es für sie einen Unterschied macht, wer an der Regierung ist oder auch ob es einen Unterschied macht, wen man wählt. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang auch eine Neuauflage der Arbeit von Blais und Kolleg\*innen aus dem Jahr 2000, welche die Konzepte der Rational-Choice-Theorie speziell anhand eines dafür entworfenen Fragebogens überprüft.

Trotz dieser Kritik finden sich in dieser Arbeit Ansätze, auf die ebenfalls künftige Publikationen im Rahmen der RCT aufbauen könnten. Das Einfügen der Theorie der Wahlen zweiter Ordnung in die Rational-Choice-Theorie eröffnet die Möglichkeit für weitere interessante Untersuchungen. Der Aspekt der Wichtigkeit der gewählten Institution innerhalb des politischen Systems, aber auch auf die Wählenden direkt scheint hier besonders interessant, wird diese in der Theorie des rationalen Handelns doch oftmals vorausgesetzt. So stellt sich beispielsweise die Frage, für wie einflussreich EU-Bürger\*innen das EU-Parlament halten und ob diese Einschätzung einen Einfluss auf die empfundene Wichtigkeit des Wahlausgangs und somit auf die Wahlteilnahme ausübt. Zu erwähnen ist hier beispielsweise die Arbeit von Clark (2014), der für die Wahlen zum Europäischen Parlament tatsächlich feststellte, dass die empfundene Wichtigkeit des Parlaments (im Kontext zu den anderen Institutionen innerhalb der EU) eine Rolle für die Teilnahmeentscheidung spielt (vgl. Clark 2014: 350).

## 6. Fazit

*Lohnt sich das?* Eingangs als Frage aufgeworfen, finden sich Hinweise darauf, dass Kosten- und Nutzenabwägungen im Teilnahmeverhalten der Wahlberechtigten bei der Europawahl 2019 tatsächlich eine Rolle spielten.

Diese Arbeit beschäftigte sich mit der Frage, ob die Rational-Choice-Theorie die individuelle Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 erklären kann. Hierfür wurden, zur Aufstellung einer theoretischen Grundlage, zu Beginn die Arbeiten von Anthony Downs sowie William Riker und Peter Ordeshook herangezogen. Anhand dieser wurde definiert, was in der Rational-Choice-Theorie rationales Handeln ausmacht und welche Hypothesen sich aus ihr für das individuelle Teilnahmeverhalten der wahlberechtigten Bevölkerung ableiten lassen können. Die aufgestellten Hypothesen wurden daraufhin anhand des Eurobarometers 91.5 operationalisiert, um sie im Anschluss bivariat und multivariat zu testen.

Die aufgestellten Hypothesen konnten hierbei größtenteils bekräftigt werden. So bestätigten sich die als Wahlkosten operationalisierten Variablen: Europapolitische Gespräche mit Freund\*innen und Verwandten wirkten sich positiv auf die Wahlteilnahme bei der Europawahl 2019 aus, während private finanzielle Probleme die Teilnahmewahrscheinlichkeit senkten.

Indes lieferte der als instrumentelle Nutzen betrachtete Faktor gemischte Ergebnisse. Die Frage danach, ob Bürger\*innen der Ansicht sind, ihre Landesinteressen würden in der Europäischen Union Berücksichtigung finden, hatte nur bei bivariater Betrachtung einen Einfluss auf die Wahlteilnahme und verlor bei gemeinsamer Betrachtung mit der politischen Wirksamkeit an Aussagekraft, weshalb es sich hier vermutlich um einen Aspekt ebendieser handelt.

Derweil erwiesen sich die expressiven Nutzenfaktoren als sehr aussagekräftig. Die Verbundenheit mit der Europäischen Union zeigt sich als robuster Einflussfaktor der Wahlteilnahme; stieg diese doch mit einem höheren Verbundenheitsempfinden an. Auch die empfundene Wirksamkeit stellt sich als einflussreicher Prädiktor für die individuelle Wahlteilnahme heraus. So erhöhte sich deren Wahrscheinlichkeit mit zunehmender Einschätzung der politischen Wirksamkeit. Die Demokratiezufriedenheit beeinflusst die Beteiligungsrate zwar bei bivariater Betrachtung, nicht aber, wenn gleichzeitig der Einfluss der Wirksamkeit überprüft wird, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass die Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie ebenfalls

als ein Aspekt der politischen Wirksamkeit betrachtet werden kann.

Wie die Überprüfung der Hypothesen zeigen konnte, beinhaltet die Theorie des rationalen Handelns eine ganze Reihe an Konzepten, die die Wahlteilnahme bei der Europawahl 2019 erklären können. Zusammenfassend kommt diese Arbeit deswegen zu dem Ergebnis, dass die Rational-Choice-Theorie in der Lage ist, die individuelle Wahlteilnahme bei der Europawahl 2019 zu erklären.

Die Überlegungen und Ergebnisse dieser Arbeit können als Ausgangspunkt für weitere Publikationen dienen. Um die Anwendbarkeit der Rational-Choice-Theorie noch besser zu überprüfen, könnten zukünftige Arbeiten vor allem Aspekte der Theorie untersuchen, die in dieser Arbeit nur schwer operationalisiert werden konnten: Hierbei sind vor allem die *klassischen* Nutzenfaktoren gemeint, die sich mit der Wichtigkeit des Wahlausgangs und dem dazugehörigen Parteiendifferenzial beschäftigen.

Mit der Wirksamkeit als eine der wichtigsten identifizierten Prädiktoren stellen sich ebenfalls spannende Fragen für künftige Untersuchungen: Steigt beispielsweise die Wahlteilnahme, wenn den gewählten Vertreter\*innen im Parlament mehr Befugnisse zuteilwerden? Ebenfalls interessant ist der Blick auf mögliche politische Implikationen. So kann darüber spekuliert werden, ob die Wahl einer Kommissionspräsidentin, die nicht als Spitzenkandidatin ihrer Parteienfamilie angetreten ist, einen Einfluss auf die Wirksamkeitsempfindung und somit auch auf die Wahlteilnahme von EU-Bürger\*innen ausübt. Markus Becker fragt hierzu zum Beispiel: „Ursula von der Leyen wird EU-Kommissionspräsidentin - eine Niederlage für das Europaparlament und die Demokratisierung der EU?“ (Becker 2019).

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Wahlteilnahme bei zukünftigen Europawahlen in einer sich ständig wandelnden EU entwickelt.

## Literaturverzeichnis

- Althoff, Martin. 2020. Der Nichtwähler: Ein noch immer „unbekanntes Wesen“. *Politische Vierteljahresschrift* 61 (1), 151–174. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00205-6>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Arzheimer, Kai. 2009. Gewichtungsvariation. In *Vom Interview zur Analyse. Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*, Hrsg. Harald Schoen, Hans Rattinger und Oscar Gabriel, 361–388. Baden-Baden. <https://www.kai-arzheimer.com/arzheimer-gewichtung.pdf>. Zugegriffen: 14. August 2022. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Becker, Markus. 17.07.2019. Wer zuletzt lacht. *Der Spiegel*, 17. Juli 2019. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ursula-von-der-leyen-warum-das-eu-parlament-der-sieger-sein-koennte-a-1277621.html>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Becker, Rolf. 2002. Voter Participation in the 1998 Bundestag Elections: A Theoretical Modification and Empirical Application of Downs' Theory of Voter Participation. *German Politics* 11 (2), 39–87. <https://doi.org/10.1080/714001284>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Becker, Rolf. 2005. Political Efficacy und Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland. *Swiss Political Science Review* 11 (1), 57–86. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2005.tb00048.x>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Blais, Andre, Robert Young und Miriam Lapp. 2000. The calculus of voting: An empirical test. *European Journal of Political Research* 37 (2), 181–201. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00509>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Blais, André und Christopher H. Achen. 2019. Civic Duty and Voter Turnout. *Political Behavior* 41 (2), 473–497. <https://doi.org/10.1007/s11109-018-9459-3>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Blais, André und Carol Galais. 2016. Measuring the civic duty to vote: A proposal. *Electoral Studies* 41, 60–69. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2015.11.003>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Bowler, Shaun und Todd Donovan. 2013. Civic duty and turnout in the UK referendum on AV: What shapes the duty to vote? *Electoral Studies* 32 (2),

265–273. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.10.011>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Braun, Daniela und Constantin Schäfer. 2022. Issues that mobilize Europe. The role of key policy issues for voter turnout in the 2019 European Parliament election. *European Union Politics* 23 (1), 120–140. <https://doi.org/10.1177/14651165211040337>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Braun, Dietmar. 1999. *Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft: Eine kritische Einführung*. Opladen: Leske + Budrich.

Cebula, Richard J. 2005. Strong Presidential Approval or Disapproval Influencing the Expected Benefits of Voting and the Voter Participation Rate. *Atlantic Economic Journal* 33 (2), 159–167. <https://doi.org/10.1007/s11293-005-3760-3>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Cebula, Richard J. 2008. Does Direct Democracy Increase Voter Turnout?: Evidence from the 2004 General Election. *American Journal of Economics and Sociology* 67 (4), 629–644. <https://doi.org/10.1111/j.1536-7150.2008.00590.x>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Clark, Nicholas. 2014. Explaining Low Turnout in European Elections: The Role of Issue Salience and Institutional Perceptions in Elections to the European Parliament. *Journal of European Integration* 36 (4), 339–356. <https://doi.org/10.1080/07036337.2013.841680>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Copeland, Cassandra und David N. Laband. 2002. Expressiveness and Voting. *Public Choice* 110, 351–363. <https://doi.org/10.1023/A:1013093610591>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Craig, Stephen C., Richard G. Niemi und Glenn E. Silver. 1990. Political Efficacy and Trust: A Report on the NES Pilot Study Items. *Political Behavior* 12 (3), 289–314. <https://www.jstor.org/stable/586303>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Dowding, Keith. 2005. Is it Rational to Vote? Five Types of Answer and a Suggestion. *The British Journal of Politics and International Relations* 7 (3), 442–459. <https://doi.org/10.1111/j.1467-856X.2005.00188.x>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

- Downs, Anthony. 1957a. *An economic theory of democracy*. Boston: Addison Wesley.
- Downs, Anthony. 1957b. An Economic Theory of Political Action in a Democracy. *The Journal of Political Economy* 65 (2), 135–150.  
<http://www.jstor.org/stable/1827369>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Europäische Kommission und Europäisches Parlament. *Eurobarometer 91.5 (2019)*. Köln: GESIS Datenarchiv. ZA7576 Datenfile Version 1.0.0,  
<https://doi.org/10.4232/1.13393>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Europäisches Parlament. 2019a. Ergebnisse der Europawahl 2019.  
<https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlbeteiligung/>.  
 Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Europäisches Parlament. 2019b. Europawahl 2019: Nationale Bestimmungen.  
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2018/623556/EPRS\\_ATA\(2018\)623556\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2018/623556/EPRS_ATA(2018)623556_DE.pdf). Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Falter, Jürgen W. und Siegfried Schumann. 1994. Der Nichtwähler – Das unbekannte Wesen. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*, Hrsg. Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, 161–213. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ferejohn, John A. und Morris P. Fiorina. 1974. The Paradox of Not Voting: A Decision Theoretic Analysis. *The American Political Science Review* 68 (2), 525–536. <https://www.jstor.org/stable/1959502>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Flickinger, Richard S. und Donley T. Studlar. 2007. One Europe, Many Electorates? *Comparative Political Studies* 40 (4), 383–404.  
<https://doi.org/10.1177/0010414006288970>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Fullerton, A. S., J. C. Dixon und C. Borch. 2007. Bringing Registration into Models of Vote Overreporting. *Public Opinion Quarterly* 71 (4), 649–660.  
<https://doi.org/10.1093/poq/nfm040>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Gerber, Alan S., Donald P. Green und Christopher W. Larimer. 2008. Social Pressure and Voter Turnout: Evidence from a Large-Scale Field Experiment. *American Political Science Review* 102 (1), 33–48.

<https://doi.org/10.1017/S000305540808009X>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Gerber, Alan S. und Todd Rogers. 2009. Descriptive Social Norms and Motivation to Vote: Everybody's Voting and so Should You. *The Journal of Politics* 71 (1), 178–191. <https://doi.org/10.1017/S0022381608090117>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Goerres, Achim. 2010. Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. *Politische Vierteljahresschrift* 51 (2), 275–296. <https://doi.org/10.1007/s11615-010-0018-8>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Goldfarb, Robert S. und Lee Sigelman. 2010. Does 'Civic Duty' 'Solve' The Rational Choice Voter Turnout Puzzle? *Journal of Theoretical Politics* 22 (3), 275–300. <https://doi.org/10.1177/0951629810365798>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Granberg, Donald und Soren Holmberg. 1991. Self-Reported Turnout and Voter Validation. *American Journal of Political Science* 35 (2), 448–459. <https://doi.org/10.2307/2111370>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Höpner, Martin und Bojan Jurczyk. 2012. Kritik des Eurobarometers. *Leviathan* 40 (3), 326–349. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2012-3-326>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Johann, David. 2009. Eine Betrachtung der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 auf Basis von Rational-Choice Konzepten. In *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*, Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 424–449. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91661-3>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

Kirchgässner, Gebhard. 1990. Hebt ein „knapper“ Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Hrsg. Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, 447–477. Opladen: Westdt. Verl.

Kirchgässner, Gebhard und Anne Meyer zu Himmern. 1997. Expected closeness and turnout: An empirical analysis for the German General Elections, 1983–

1994. *Public Choice* (91), 3–25. <https://doi.org/10.1023/A:1004968816775>.  
Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Knack, Stephen. 1992. Civic Norms, Social Sanctions, and Voter Turnout. *Rationality and Society* 4 (2), 133–156.  
<https://doi.org/10.1177/1043463192004002002>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Kühnel, Steffen. 2001. Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen. In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Blickpunkt Gesellschaft*, Hrsg. Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt, 11–42. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-99341-0\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-322-99341-0_2).  
Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Marquart, Franziska, Andreas C. Goldberg und Claes H. de Vreese. 2020. ‘This time I’m (not) voting’: A comprehensive overview of campaign factors influencing turnout at European Parliament elections. *European Union Politics* 21 (4), 680–705. <https://doi.org/10.1177/1465116520943670>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Marx, Paul. 2019. Beschäftigungsunsicherheit, politisches Wissen und Wahlbeteiligung. In *Politisches Wissen. Relevanz, Messung und Befunde*, Hrsg. Bettina Westle und Markus Tausendpfund, 121–144. Wiesbaden: Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-23787-5\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-23787-5_5). Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Morrell, Michael E. 2003. Survey and Experimental Evidence for a Reliable and Valid Measure of Internal Political Efficacy. *The Public Opinion Quarterly* 67 (4). <https://www.jstor.org/stable/3521695>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Niemi, Richard G., Stephen C. Craig und Franco Mattei. 1991. Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study. *The American Political Science Review* 85 (4), 1407–1413. <https://www.jstor.org/stable/1963953>.  
Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Opp, Karl-Dieter. 2001. Why Do People Vote? The Cognitive-Illusion Proposition and Its Test. *Kyklos* 54 (2/3), 355–378. <https://doi.org/10.1111/1467-6435.00158>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

- Reif, Karlheinz und Hermann Schmitt. 1980. Nine Second-Order National Elections - A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research* 8 (1), 3–44. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Riker, William H. und Peter C. Ordeshook. 1968. A Theory of the Calculus of Voting. *The American Political Science Review* 62 (1), 25–42. <http://www.jstor.org/stable/1953324>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Santana, Andrés und Susana Aguilar. 2021. How costly is voting? Explaining individual differences in the costs of voting. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31 (1), 119–139. <https://doi.org/10.1080/17457289.2019.1658196>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Schmitt, Hermann, Sara B. Hobolt, Wouter van der Brug und Sebastian A. Popa. 2022. *European Parliament Election Study 2019, Voter Study*: GESIS, Köln. ZA7581 Datenfile Version 2.0.1. <https://doi.org/10.4232/1.13846>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Sciarini, Pascal und Andreas C. Goldberg. 2016. Turnout Bias in Postelection Surveys: Political Involvement, Survey Participation, and Vote Overreporting. *Journal of Survey Statistics and Methodology* 4 (1), 110–137. <https://doi.org/10.1093/jssam/smv039>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Simonovits, Gábor. 2012. Competition and turnout revisited: The importance of measuring expected closeness accurately. *Electoral Studies* 31 (2), 364–371. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.01.009>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Stockemer, Daniel. 2011. Citizens' support for the European Union and participation in European Parliament elections. *European Union Politics* 13 (1), 26–46. <https://doi.org/10.1177/1465116511419870>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Struthers, John und Alistair Young. 1989. Economics of Voting: Theories and Evidence. *Journal of Economic Studies* 16 (5), 3–42. <https://doi.org/10.1108/EUM0000000000139>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

- Träger, Hendrik. 2015. Die Europawahl 2014 als second-order election – Ein Blick in alle 28 EU-Staaten. In *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Hrsg. Michael Kaeding und Niko Switek, 33–44. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-05738-1>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Träger, Hendrik und Lisa H. Anders. 2020. Die Europawahl 2019 – wieder eine second-order election? Eine Analyse der Wahlergebnisse in den 28 EU-Staaten. In *Die Europawahl 2019*, Hrsg. Michael Kaeding, Manuel Müller und Julia Schmälter, 315–326. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-29277-5>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Wang, Ching-Hsing. 2016. Political trust, civic duty and voter turnout: The Mediation argument. *The Social Science Journal* 53 (3), 291–300. <https://doi.org/10.1016/j.soscij.2016.04.008>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.
- Zalc, Julien, Nicolas Becuwe und Alexandrina Buruian. 2019. The 2019 post-electoral survey: Have European elections entered a new dimension? <https://data.europa.eu/doi/10.2861/259606>. Zuletzt geprüft am: 16. August 2022.

# Anhang

## Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Diskussion um die Bürgerpflicht als zusätzlichen Nutzenfaktor.....	51
Anhang 2: Die Wahlpflicht als Teilnahmemotivation .....	52
Anhang 3: Deutschsprachige Fragetexte des Eurobarometers.....	52
Anhang 3.1: Abhängige Variable .....	52
Anhang 3.2: Unabhängige Variablen - Hypothesierte Prädiktoren.....	53
Anhang 3.3: Kontrollvariablen (und Weitere).....	54
Anhang 4: Berichtete und faktische Wahlteilnahme in den einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union (in Prozent).....	55
Anhang 5: Das Overreporting in empirischen Arbeiten .....	55
Anhang 6: Tests auf Multikollinearität .....	57
6.1 Korrelationsmatrix der ordinalen Prädiktoren .....	57
6.2 Korrelation zwischen dem Geschlecht und den übrigen Prädiktoren.....	57
Anhang 7: Gewichtete Regressionsmodelle .....	58
Anhang 8: Modell 3 unter Ausschluss der Wirksamkeit bzw. des Verbundenheitsindex' ..	59
Anhang 9: Modell 2 jeweils unter Ausschluss der Wirksamkeit bzw. des Verbundenheitsindex' .....	60

## **Anhang 1: Diskussion um die Bürgerpflicht als zusätzlichen Nutzenfaktor**

Die zwei Hauptkritikpunkte an der Bürgerpflicht als zusätzlichen Nutzenfaktor beschäftigen sich mit dem Aufbrechen des engen Rationalitätsverständnisses sowie dem Vorwurf der Tautologie (vgl. bspw. Green und Shapiro 1994). So merken manche Arbeiten an, das Einführen einer Norm als Handlungsmotivation verwerfe die Vorstellung des instrumentell und egoistisch motivierten Nutzenmaximierers - des *Homo economicus*, - und ersetze ihn durch die Vorstellung des *Homo sociologicus*, welche sich ihrer Meinung nach nicht mit der rationalen Theorie vereinbaren ließe (vgl. bspw. Braun 1999: 73). Andere Arbeiten hingegen halten es für möglich, die Norm als Teil der RCT zu betrachten (vgl. Kühnel 2001; Johann 2009). Die Unstimmigkeit bezüglich des Einfügens der Wahlnorm in den Geltungsbereich der Rational-Choice-Theorie läuft demnach entlang der Konfliktlinie des Rationalitätsverständnisses: Vertreter\*innen der sparsamen Rationalitätsdefinition sehen die Wahlnorm innerhalb der RCT also kritischer als solche, mit einem breiteren Rationalitätsverständnis. Goldfarb und Sigelman fassen diese Diskussion und die verschiedenen Standpunkte in ihrer Publikation „Does ‚Civic Duty‘ ‚Solve‘ the Rational Choice Voter Turnout Puzzle“ von 2010 zusammen.

Mit der Diskussion um die Einführung der Bürgerpflicht geht zusätzlich die Diskussion um den Tautologie-Vorwurf einher. Das Hinzuziehen der Norm als Nutzenkomponente bietet zwar den Vorteil der größeren Offenheit bezüglich der Motivation zur Wahlteilnahme, sie beherbergt aber auch die Gefahr der Tautologie:

Mit der Unterstellung, daß der Wähler sowohl dem materiellen Eigennutz wie der sozialen Pflicht nach wählen kann, sind wohl die meisten Möglichkeiten abgedeckt, so daß ich bei der Erklärung des Wahlverhaltens immer eine der beiden Seiten heranziehen kann. (Braun 1999: 73).

Tatsächlich ist dieser Einwurf nicht unbegründet; jedoch dürfte die Tautologie-Gefahr wohl eher bestehen, wenn Analysen keine aus der Theorie widerlegbare Hypothesen ableiten, sondern Befunde im Nachhinein *erklären* wollen:

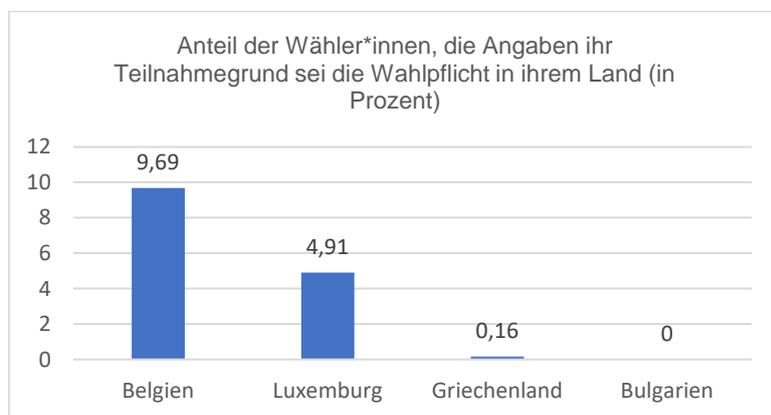
[...] there is surely a danger in ex post, ad hoc additions to the utility function to ‘explain’ already-observed behaviors that are not otherwise explicable. [...] If expanding the utility function provides new conceptual/analytical results or empirical predictions that were not previously recognized, then it is not mere ad hocery and should not be dismissed out of hand. (Goldfarb und Sigelman 2010: 283)

Da diese Arbeit es sich zur Aufgabe gemacht hat, der RCT entnommene theoretische Konzepte anhand von Hypothesen empirisch zu prüfen, sollte die Gefahr der Tautologie dieser Arbeit nicht im Weg stehen. Schließlich wird die Theorie

nicht im Nachhinein herangezogen, um Befunde im Datensatz zu beschreiben und es werden widerlegbare Hypothesen aufgestellt.

## Anhang 2: Die Wahlpflicht als Teilnahmemotivation

Wie unter 4.2 bereits erwähnt, wurden Wähler\*innen und Nichtwähler\*innen separat dazu befragt, weshalb sie (nicht) an der Wahl teilnahmen. Dabei konnten sie jeweils aus 14 bis 16 vorgegebenen Optionen maximal drei Antwortmöglichkeiten auswählen. In den Ländern, in denen Wahlpflicht herrschte, gaben knapp 5 % der Wähler\*innen an, sie hätten gewählt, da die Stimmabgabe verpflichtend sei. Die Verteilung auf die einzelnen Länder ist in der folgenden Abbildung dargestellt (für die Republik Zypern fehlen die passenden Daten).



## Anhang 3: Deutschsprachige Fragetexte des Eurobarometers

### Anhang 3.1: Abhängige Variable

QG1: Am 26. Mai fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Einige Menschen in Deutschland sind aus dem einen oder anderen Grund nicht zur Wahl gegangen. Haben Sie selbst bei der Wahl zum Europäischen Parlament Ihre Stimme abgegeben?

- (1) Ja, Stimme abgegeben
- (2) Nein, Stimme nicht abgegeben
- (3) Weiß nicht / Keine Angabe

### Anhang 3.2: Unabhängige Variablen - Hypothesierte Prädiktoren

Hypothese/ Konzept	Fragetext in im Eurobarometer
Hypothese 1/ Europapolitische Gespräche	D71a_22: Wenn Sie mit Freunden oder Verwandten zusammen sind, würden Sie sagen, Sie diskutieren häufig, gelegentlich oder niemals über Europäische politische Angelegenheiten (1) Häufig (2) Gelegentlich (3) Niemals (4) Weiß nicht/ keine Angabe
Hypothese 2/ Persönliche wirtschaftliche Situation	D60: Hatten Sie in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats Schwierigkeiten beim Bezahlen Ihrer Rechnungen? (1) Meistens (2) Gelegentlich (3) Nahezu nie/ nie (4) Spontan: Verweigert
Hypothese 3/ Berücksichtigung der Landesinteressen	QA18a_2: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die Interessen Deutschlands werden in der EU gut berücksichtigt. (1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Stimme eher nicht zu (4) Stimme überhaupt nicht zu (5) Weiß nicht/ Keine Angabe
Hypothese 4/ Verbundenheit zur EU	QD1a_3: Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit... Der Europäischen Union (1) Sehr verbunden (2) Ziemlich verbunden (3) Nicht sehr verbunden (4) Überhaupt nicht verbunden (5) Weiß nicht/ keine Angabe
	QD2_1: Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie fühlen sich als Bürger der EU. (1) Ja, voll und ganz (2) Ja, teilweise (3) Nein, eher nicht (4) Nein, überhaupt nicht (5) Weiß nicht/ Keine Angabe
	QD12_2: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen. Sie sind glücklich, in der EU zu leben. (1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Stimme eher nicht zu (4) Stimme überhaupt nicht zu (5) Spontan: trifft nicht zu (6) Weiß nicht/ Keine Angabe

Hypothese 5a/ Politische Wirksamkeit	D72_1: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Meine Stimme zählt in der EU. (1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Stimme eher nicht zu (4) Stimme überhaupt nicht zu (5) Weiß nicht/ Keine Angabe
Hypothese 5b/ Demokratiezufriedenheit EU	QA17a: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert? (1) Sehr zufrieden (2) Ziemlich zufrieden (3) Nicht sehr zufrieden (4) Überhaupt nicht zufrieden (5) Weiß nicht/ keine Angabe

Anhang 3.2: Unabhängige Variablen - Hypothesierte Prädiktoren (Fortsetzung)

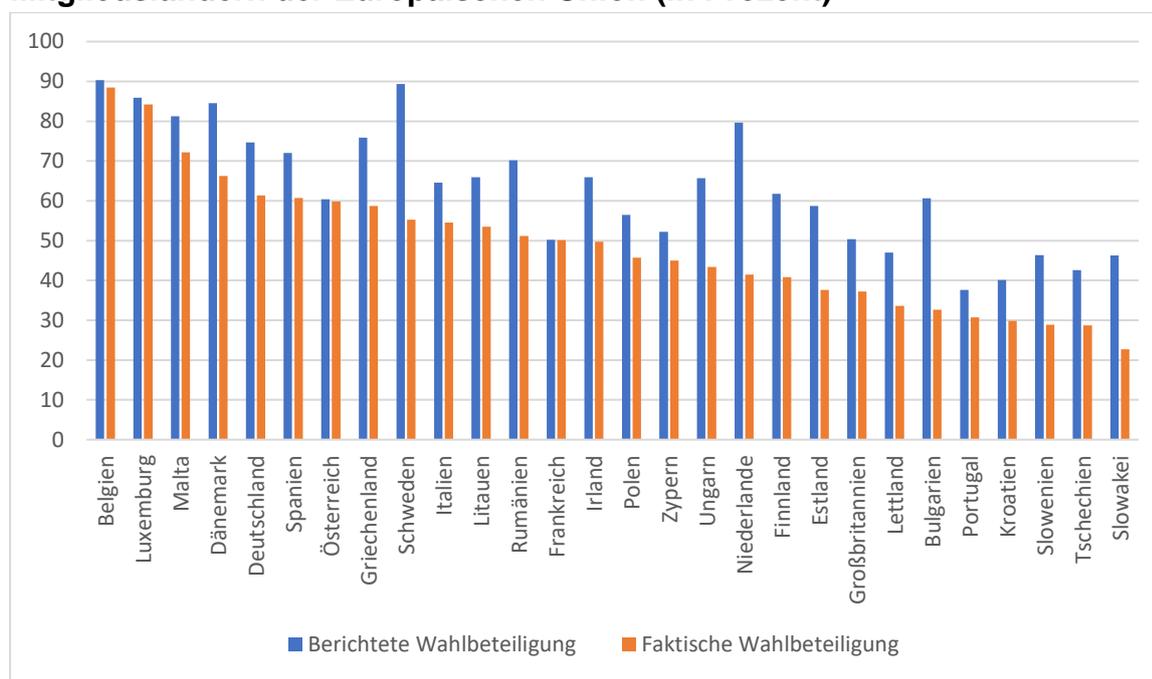
### Anhang 3.3: Kontrollvariablen (und Weitere)

Variable	Fragetext in im Eurobarometer
Einstellung Entwicklung EU	D73a_2: Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union? (1) Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung (2) Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung (3) Spontan: Weder noch (4) Weiß nicht/ Kein Angabe
Alter Bildungsabschluss	D8: Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben? [offene Antwort]
Schichtzugehörigkeit	D63: Würden Sie sich selbst und Ihren Haushalt zur ... zählen? (1) Arbeiterklasse der Gesellschaft (2) Untere Mittelschicht der Gesellschaft (3) Mittelschicht der Gesellschaft (4) Obere Mittelschicht der Gesellschaft (5) Oberschicht der Gesellschaft (6) Spontan: Andere (7) Spontan: Nichts davon (8) Spontan: Verweigert (9) Weiß nicht / Keine Angabe
Alter	D11: Darf ich Fragen wie alt Sie sind? [offene Antwort]

Geschlecht	D10: Geschlecht eintragen (1) Männlich (2) Weiblich
Staatsangehörigkeit	Q1: Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie? Nennen Sie mir bitte das Land bzw. die Länder, deren Staatsangehörigkeit Sie besitzen. [offene Antwort]

Anhang 3.3: Kontrollvariablen (und Weitere) (Fortsetzung)

#### Anhang 4: Berichtete und faktische Wahlteilnahme in den einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union (in Prozent)



#### Anhang 5: Das Overreporting in empirischen Arbeiten

Umfragen zur Wahlteilnahme überschätzen in der Regel die faktische Wahlbeteiligung in einem teilweise erheblichen Ausmaß. Und da Untersuchungen zur Wahlbeteiligung oftmals die berichtete Wahlteilnahme als abhängige Variable verwenden, arbeiten die meisten Autor\*innen mit höheren Beteiligungsraten, als sie faktisch vorliegen.<sup>37</sup> Dieses Phänomen stellt in verschiedenen Arbeiten für sich allein den For-

<sup>37</sup> Als Beispiel lässt sich hier die Arbeit von Johann (2009) anführen, der bei seiner Untersuchung zu den Bundestagswahlen 2005 mit einer Wahlbeteiligung von 95,3 % (für die Vorwahlbefragung) und 87,8 % (für die Nachwahlbefragung) arbeitet, wodurch die Differenz zwischen berichteter und faktischer Teilnahme bei 17,3 bzw. 10,1 Prozentpunkten liegt (vgl. Johann 2009: 432). Oder auch die Publikation von Marquart und ihren Kolleg\*innen, die es in ihrer Arbeit zur Europawahl 2019 mit einem Overreporting von knapp 23 % zu tun haben (vgl. Marquart et al. 2020: 690).

schungsgegenstand dar (vgl. Sciarini und Goldberg 2016; Fullerton et al. 2007; Granberg und Holmberg 1991). Die Literatur stimmt hierbei überein, dass sich die Überschätzung der Wahlbeteiligung in Umfragen vor allem darauf zurückführen lässt, dass die *tatsächlichen* Wähler\*innen in Umfragen aufgrund ihrer höheren Antwortraten überrepräsentiert sind sowie darauf, dass Nichtwähler\*innen aufgrund sozialer Erwünschtheit fälschlicherweise angeben würden, sie hätten gewählt (vgl. Sciarini und Goldberg 2016: 110). Das unbekannte Wesen scheint also auch deshalb so unbekannt zu sein, weil es oftmals unentdeckt bleibt oder es nicht zugeben will, zu dieser Spezies zu gehören.

Uneinigkeit herrscht derzeit bei der Frage, wie mit dem Overreporting umzugehen ist und welchen Einfluss es auf die Aussagekraft der ermittelten Ergebnisse hat. Während beispielsweise Wang schreibt, Overreporting führe bei Modellen zur Erklärung von Wahlverhalten zu keinen systematischen Bias (vgl. Wang 2016: 294) und auch Becker festhält, die in Umfragen erhobene Wahlteilnahme sei ein valides und verlässliches Item zur Bestimmung der tatsächlichen Wahlbeteiligung (vgl. Becker 2002: 85), sieht Johann die Gefahr, Zusammenhänge zwischen untersuchten Variablen und der Wahlbeteiligung könnten durch das Overreporting überschätzt werden (vgl. Johann 2009: 431).

## Anhang 6: Tests auf Multikollinearität

### 6.1 Korrelationsmatrix der ordinalen Prädiktoren

	UV1	UV2	UV3	UV4	UV5	UV6	UV7	UV8	UV9	UV10
Häufigkeit Europapolitischer Diskussionen (UV1)	1									
Probleme in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats die Rechnungen zu bezahlen (UV2)	-0.09	1								
Interessen des eigenen Landes werden in der EU gut berücksichtigt (UV3)	0.09	-0.11	1							
Verbundenheitsindex (UV4)	0.15	-0.22	0.44	1						
Eigene Stimme zählt in der EU (UV5)	0.18	-0.22	0.38	0.44	1					
Zufriedenheit mit der Art und Weise der Demokratie in der EU (UV6)	0.03	-0.12	0.45	0.46	0.35	1				
Dinge in der EU entwickeln sich in die ... Richtung (UV7)	0.01	0.08	-0.21	-0.22	-0.15	-0.29	1			
Alter des Schul- bzw. Universitätsabschlusses (UV8)	0.17	-0.17	0.09	0.18	0.16	0.10	-0.04	1		
Selbstberichtete Schichtzugehörigkeit (UV9)	0.15	-0.26	0.11	0.16	0.21	0.10	-0.01	0.35	1	
Altersgruppe (UV10)	0.08	-0.11	-0.04	-0.03	0.01	-0.08	-0.01	-0.20	-0.07	1

Angegeben sind die Spearman'schen Rangkorrelationskoeffizienten.

### 6.2 Korrelation zwischen dem Geschlecht und den übrigen Prädiktoren

	Geschlecht
Häufigkeit Europapolitischer Diskussionen	0,11
Probleme in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats die Rechnungen zu bezahlen	0,03
Interessen des eigenen Landes werden in der EU gut berücksichtigt	0,03
Verbundenheitsindex	0,05
Eigene Stimme zählt in der EU	0,02
Zufriedenheit mit der Art und Weise der Demokratie in der EU	0,04
Dinge in der EU entwickeln sich in die ... Richtung	0,03
Alter des Schul- bzw. Universitätsabschlusses	0,04
Selbstberichtete Schichtzugehörigkeit	0,03
Altersgruppe	0,08

Angegeben ist das Zusammenhangsmaß Cramer's V

## Anhang 7: Gewichtete Regressionsmodelle

Gewichtet wird zum einen nach der tatsächlichen Bevölkerungsgröße in der EU, wobei Ost- und Westdeutschland separiert gewichtet werden. Zweitens sind folgende Gewichtungsgroßen beinhaltet: Geschlecht, Alter, Region und Größe der Ortschaft.

Abhängige Variable: Wahlteilnahme	(1) Wahlkosten und instrumenteller Nutzenfaktor	(2) Expressive Nutzenfaktoren	(3) Gesamtmodell (ohne Demokratiezufriede nheit)	(4) Gesamtmodell inklusive Kontrollvariablen
Häufigkeit Europapolitischer Diskussionen (Referenz: Niemals)				
Gelegentlich	0,869*** (0,036)		0,753*** (0,040)	0,657*** (0,043)
Häufig	1.489*** (0,055)		1,313*** (0,061)	1,073*** (0,065)
Probleme in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats die Rechnungen zu bezahlen (Referenz: Nahezu nie/ nie)				
Gelegentlich	-0,396*** (0,037)		-0,283*** (0,042)	-0,117** (0,045)
Meistens	-0,648*** (0,055)		-0,406*** (0,063)	-0,147* (0,068)
Interessen des eigenen Landes werden in der EU gut berücksichtigt (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)				
Stimme eher nicht zu	0,263*** (0,054)		-0,038 (0,064)	-0,037 (0,067)
Stimme eher zu	0,577*** (0,052)		-0,039 (0,066)	-0,012 (0,070)
Stimme voll und ganz zu	0,677*** (0,070)		-0,104 (0,086)	0,013 (0,091)
Verbundenheitsindex		0,147*** (0,030)	0,068* (0,031)	0,079* (0,033)
Eigene Stimme zählt in der EU (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)				
Stimme eher nicht zu		0,479*** (0,055)	0,437*** (0,057)	0,465*** (0,060)
Stimme eher zu		1,357*** (0,055)	1,246*** (0,058)	1,277*** (0,059)
Stimme voll und ganz zu		1,834*** (0,068)	1,626*** (0,070)	1,641*** (0,073)
Zufriedenheit mit der Art und Weise der Demokratie in der EU (Referenz: Überhaupt nicht zufrieden)				
Nicht sehr zufrieden		-0,121 (0,074)		
Ziemlich zufrieden		-0,160* (0,076)		
Sehr zufrieden		-0,157 (0,103)		
Dinge in der EU entwickeln sich in die ... Richtung [Referenz: Weder richtige noch falsche/ Weiß nicht]				
richtige				0,098 (0,055)
falsche				0,150** (0,053)
Alter des Schul- bzw. Universitätsabschlusses (Referenz: unter 16 Jahre oder ohne Abschluss)				
16-19 Jahre				-0,013 (0,060)
20 Jahre und älter				0,559*** (0,066)
Selbstberichtete Schichtzugehörigkeit (Referenz: Arbeiterklasse der Gesellschaft)				
Untere Mittelschicht der Gesellschaft				0,090 (0,058)
Mittelschicht der Gesellschaft				0,328*** (0,047)
Obere Mittelschicht der Gesellschaft				0,523*** (0,092)
Oberschicht der Gesellschaft				0,485 (0,275)

Abhängige Variable: Wahlteilnahme	(1) Wahlkosten und instrumenteller Nutzenfaktor	(2) Expressive Nutzenfaktoren	(3) Gesamtmodell (ohne Demokratiezufriede- nheit)	(4) Gesamtmodell inklusive Kontrollvariablen
Altersgruppe (Referenz: 16-29 Jahre)				
30-44 Jahre				0,317*** (0,060)
45-59 Jahre				0,711*** (0,060)
60-74 Jahre				1,222*** (0,064)
75 Jahre und älter				1,176*** (0,090)
Geschlecht: Weiblich (Referenz: Männlich)				
Konstante	-0,400*** (0,049)	-0,693*** (0,086)	-0,948*** (0,091)	-2,144*** (0,132)
N	21881	19553	19542	18822
Pseudo R <sup>2</sup>	0,07	0,08	0,11	0,15

#### Anhang 7: Gewichtete Regressionsmodelle (Fortsetzung)

\* auf dem Niveau von  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$  und \*\*\*  $p < 0,001$  signifikant. Dargestellt sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten und deren Standardabweichungen (in Klammern). Alle Modelle sind als Ganzes auf dem Niveau von  $p < 0,0001$  signifikant.

#### Anhang 8: Modell 3 unter Ausschluss der Wirksamkeit bzw. des Verbundenheitsindex<sup>4</sup>

Abhängige Variable: Wahlteilnahme	(1) Gesamtmodell exklusive Wirksamkeit	(2) Gesamtmodell exklusive Verbundtheit
Häufigkeit Europapolitischer Diskussionen (Referenz: Niemals)		
Gelegentlich	0,834*** (0,034)	0,734*** (0,035)
Häufig	1,385*** (0,053)	1,272*** (0,053)
Probleme in den letzten 12 Monaten am Ende des Monats die Rechnungen zu bezahlen (Referenz: Nahezu nie/ nie)		
Gelegentlich	-0,361*** (0,036)	-0,282*** (0,036)
Meistens	-0,582*** (0,055)	-0,385*** (0,055)
Interessen des eigenen Landes werden in der EU gut berücksichtigt (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)		
Stimme eher nicht zu	0,109* (0,055)	0,010 (0,054)
Stimme eher zu	0,284*** (0,056)	0,030 (0,054)
Stimme voll und ganz zu	0,317*** (0,073)	-0,007 (0,071)
Verbundenheitsindex Eigene Stimme zählt in der EU (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)		
Stimme eher nicht zu		0,412*** (0,048)
Stimme eher zu		1,319*** (0,048)
Stimme voll und ganz zu		1,682*** (0,058)
Konstante	-0,978	-0,774*** (0,056)
N	20210	21051
Pseudo R <sup>2</sup>	0,07	0,11

\* auf dem Niveau von  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$  und \*\*\*  $p < 0,001$  signifikant. Dargestellt sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten und deren Standardabweichungen (in Klammern). Alle Modelle sind als Ganzes auf dem Niveau von  $p < 0,0001$  signifikant.

## Anhang 9: Modell 2 jeweils unter Ausschluss der Wirksamkeit bzw. des Verbundenheitsindex<sup>4</sup>

Abhängige Variable:	(1)	(2)
Wahlteilnahme	Expressive Nutzenfaktoren exklusive Wirksamkeit	Expressive Nutzenfaktoren exklusive Verbundenheit
Verbundenheitsindex	0,451*** (0,024)	
Eigene Stimme zählt in der EU (Referenz: Stimme überhaupt nicht zu)		
Stimme eher nicht zu		0,468*** (0,048)
Stimme eher zu		1,454*** (0,048)
Stimme voll und ganz zu		1,940*** (0,056)
Zufriedenheit mit der Art und Weise der Demokratie in der EU (Referenz: Überhaupt nicht zufrieden)		
Nicht sehr zufrieden	0,026 (0,062)	-0,028 (0,061)
Ziemlich zufrieden	0,170** (0,063)	-0,004 (0,060)
Sehr zufrieden	0,264** (0,086)	-0,001 (0,085)
Konstante	-0,818*** (0,072)	-0,392*** (0,056)
N	20208	20967
Pseudo R <sup>2</sup>	0,02	0,08

\* auf dem Niveau von  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$  und \*\*\*  $p < 0,001$  signifikant. Dargestellt sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten und deren Standardabweichungen (in Klammern). Alle Modelle sind als Ganzes auf dem Niveau von  $p < 0,0001$  signifikant.

## **Eidesstattliche Versicherung**

Versicherung an Eides statt:

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Ich habe keine anderen als die im Literatur- bzw. Quellenverzeichnis angegebenen Hilfsmittel benutzt und mich keiner darüberhinausgehenden Internetquellen bedient. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Ich habe die Arbeit zuvor nicht in einem anderen Prüfungsverfahren eingereicht. Die eingereichte schriftliche Fassung entspricht jener auf dem beiliegenden elektronischen Speichermedium.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift